

8 Tagesordnung, öffentlich Teil I

Bgm. Mag. Nagl:

Vielen Dank. Mir wird gerade gezeigt, dass unsere Fragstunde damit um ist.

Ich darf Sie nun bitten, die Tagesordnung zur Hand zu nehmen.

Im Vorfeld haben alle Fraktionen wieder uns mitgeteilt, welche Stücke nicht mehr behandelt werden sollen, sie gelten somit als beschlossen. Das ist das Stück Nr. 1, einstimmig, Stück Nr. 3, einstimmig, Stück Nr. 4, einstimmig. Ebenso die Stücke Nr. 5 bis 9 sind alle einstimmige Beschlüsse. Auch das Stück Nr. 10 und Nr. 11 sind einstimmige Beschlüsse. Nicht mehr beraten werden auch die Stücke 15 und 16, diese sind ebenso einstimmig. Auch das Stück Nr. 19 ist einstimmig. Auch einstimmig die Stücke 20, 21 und 22. Stück Nr. 23 ist jetzt nicht einstimmig, das ist mehrheitlich beschlossen, es gibt Gegenstimmen der KPÖ-Fraktion, der Grünen Fraktion und der SPÖ-Fraktion. Das ist das Stück mit dem Citymanagement, Graz Tourismus und Stadtmarketing GmbH. Das Stück Nr. 25 wurde angenommen, dagegen waren die Grüne Fraktion, die Sozialdemokratische Fraktion, damit mehrheitlich so beschlossen, das ist das Stück Nr. 25. Der Bebauungsplan bleibt natürlich auf der Tagesordnung und wird behandelt werden. Stück Nr. 29, einstimmig, Stück Nr. 30, einstimmig und Stück Nr. 32 gibt es die Gegenstimmen der KPÖ-Fraktion.

En bloc:

8.1 Stk. 1) Präs. 020864/2017/0012 Sonderrichtlinien für Förderungen der Film Commission Graz

Die einen integrierenden Bestandteil dieses Antrages bildende Richtlinie für Förderungen der Film Commission Graz tritt am 1. Oktober 2020 in Kraft.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**8.2 Stk. 3) A 8 – 173/2020-77 Umweltamt,
Fernwärme – Fördermittel,
Übertragung von Restmitteln aus Vorjahren,
Budgetvorsorge im LCF Bereich in Höhe von
€ 195.000**

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2020 werden wie folgt geändert:

Finanz- stelle	Fonds	Finanz- position	Haushalts- programm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungs- ring	FVA 2020	EVA2020
330	522000	1.77500 0	23300002	Förderungen Heizungsumstellun- gen/ Kap. Transfers an Unternehmen und andere	D.330003	+195.000	+195.000
180	813000	2.82800 0		Rückersätze von Aufwendungen		+195.000	+195.000

Die Bedeckung dieser Mittel erfolgt durch eine Umschichtung einer Gutschrift der Holding- Ausgleichszahlungen für den Bereich Müllbeseitigung.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**8.3 Stk. 4) A 8 – 112599/2018-12 Kanalsanierung MWK Koßgasse BA 175,
Annahme des Förderungsvertrages des
Bundesministeriums für Landwirtschaft,
Regionen und Tourismus
für eine Förderung im Nominale von
€ 195.000**

Die Stadt Graz nimmt den Förderungsvertrag des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus als Förderungsgeber, vertreten durch die Kommunalkredit Public Consulting GmbH, Wien, Antragsnummer B805671 vom 13.07.2020, mit dem eine Förderung im vorläufigen Nominale von 195.000 Euro

gewährt wird, vorbehaltlos an. Dieser Förderungsvertrag bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.4 Stk. 5) A 8 – 93707/2018-11

**Kanalsanierung Schlauchliner 2018 BA 179,
Annahme des Förderungsvertrages des
Bundesministeriums für Landwirtschaft,
Regionen und Tourismus für eine
Förderung im Nominale von € 124.500**

Die Stadt Graz nimmt den Förderungsvertrag des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus als Förderungsgeber, vertreten durch die Kommunalkredit Public Consulting GmbH, Wien, Antragsnummer B805484 vom 13.07.2020, mit dem eine Förderung im vorläufigen Nominale von 124.500 Euro gewährt wird, vorbehaltlos an. Dieser Förderungsvertrag bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.5 Stk. 6) A 8 – 97279/2018-6

**Sanierung MWK 2018 Rep. u.
Schlauchlining, BA 182, Annahme des
Förderungsvertrages des
Bundesministeriums für Landwirtschaft,
Regionen und Tourismus für eine
Förderung im Nominale von € 67.500**

Die Stadt Graz nimmt den Förderungsvertrag des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus als Förderungsgeber, vertreten durch die Kommunalkredit Public Consulting GmbH, Wien, Antragsnummer B805508 vom

13.07.2020, mit dem eine Förderung im vorläufigen Nominale von 67.500 Euro gewährt wird, vorbehaltlos an. Dieser Förderungsvertrag bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.6 Stk. 7) A 8 – 97279/2018-6

**Abwasserentsorgungsanlage FUZO
Schmiedgasse, Landhausgasse,
Raubergasse,
BA 227, Annahme des
Förderungsvertrages des
Bundesministeriums für Landwirtschaft,
Regionen und Tourismus für eine
Förderung im Nominale von
€ 50.784**

Die Stadt Graz nimmt den Förderungsvertrag des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus als Förderungsgeber, vertreten durch die Kommunalkredit Public Consulting GmbH Wien, Antragsnummer B805451 vom 13.07.2020, mit dem eine Förderung im vorläufigen Nominal von 50.784 Euro gewährt wird, vorbehaltlos an. Dieser Förderungsvertrag bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.7 Stk. 8) A 8/4 – 55951/2020

**Koßgasse – Plüddemanngasse,
Übertragung vom Öffentlichen Gut der
Stadt Graz des Grundstückes Nr. 2060, EZ
50000, KG St. Leonhard im Ausmaß von
ca. 65 m² in das Öffentliche Gut des
Landes Steiermark**

1. Die unentgeltliche Übertragung des Gdst. Nr. 2060, EZ 50000, KG St. Leonhard im Ausmaß von ca.65 m² aus dem Öffentlichen Gut der Stadt Graz in das Eigentum des Landes Steiermark – Landesstraßenverwaltung, wird vorbehaltlich des dafür auch notwendigen Stadtsenatsbeschlusses genehmigt.
2. Sämtliche mit der Übertragung in Verbindung stehende Kosten, Abgaben und Gebühren gehen zu alleinigen Lasten der Stadt Graz.
3. Die Herstellung der Grundbuchsordnung wird durch die Stadt Graz beauftragt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

- 8.8 Stk. 9) A 8/4 – 61630/2016/a St.-Peter-Hauptstraße – Grenzberichtigungen zum Teil im Zuge des Ausbaues 1. Teil, jeweils unentgeltliche Übertragung**
- einer ca. 134 m² großen Teilfläche des Gdst.Nr. 679/1, EZ 50000,
 - einer ca. 43 m² großen Teilfläche des Gdst.Nr. 699, EZ 50000,
 - einer ca. 237 m² großen Teilfläche des Gdst.Nr. 118/4, EZ 50000, vom Öffentlichen Gut der Stadt Graz in das Eigentum des Landes Steiermark,
 - Übertragung einer ca. 3.146 m² großen Teilfläche des Gdst.Nr. 649/1 vom Land Steiermark zum neuen städtischen Gdst. Nr. 649/3 der Stadt Graz, alle KG St. Peter
-
- Die unentgeltlichen Übertragungen einer ca. 237 m² große Teilfläche des Grundstückes Nr. 118/4, einer ca. 134 m² großen Teilfläche des Grundstückes Nr. 679/1 und einer ca. 43 m² großen Teilfläche des Grundstückes Nr. 699, je EZ 50000 und KG St. Peter aus dem Öffentlichen

Gut der Stadt Graz in das Eigentum des Landes Steiermark – Landesstraßenverwaltung werden vorbehaltlich des dafür auch notwendigen Stadtsenatsbeschlusses genehmigt.

- Der unentgeltliche Erwerb einer ca. 3.146 m² großen Teilfläche des Grundstückes Nr. 649/1, KG St. Peter vom Land Steiermark für das Öffentliche Gut der Stadt Graz wird vorbehaltlich des dafür auch notwendigen Stadtsenatsbeschlusses genehmigt.
- Die Vermessung, die Errichtung der Teilungspläne und die Herstellung der Grundbuchsordnung erfolgt jeweils durch das Land Steiermark, Abteilung 16.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.9 Stk. 10) A 8/4 – 61630/2016/b St.-Peter-Hauptstraße – Grenzberichtigungen im Zuge des Ausbaues 2. Teil, jeweils unentgeltliche Übertragung

- einer ca. 36 m² großen Teilfläche d. Gdst. Nr. 1017, EZ 50000,
- einer ca. 168 m² großen Teilfläche, d. Gdst.Nr. 950/2, EZ 1073
- zweier insgesamt ca. 73 m² großen Teilflächen v. Gdst. Nr. 874/4, EZ 1054 vom Öffentlichen Gut der Stadt Graz in das Eigentum des Landes Steiermark, alle KG Graz -Stadt Messendorf

- Der Gemeinderatsbeschluss vom 17.11.2016 zu GZ: A 8/4 - 61630/2016 mit den im Motivenbericht angeführten drei Beschlussanträgen wird aufgehoben.

- Die unentgeltliche Übertragung der im Motivenbericht angeführten Trennstücke 20, 21, 2 und 39 im Gesamtausmaß von ca. 277 m² aus dem Öffentlichen Gut der Stadt Graz überwiegend in das Eigentum des Landes Steiermark – Landesstraßenverwaltung wird vorbehaltlich des dafür auch notwendigen Stadtsenatsbeschlusses genehmigt.
- Der unentgeltliche Erwerb der im Motivenbericht angeführten Trennstücke 19 und 38 für das Öffentliche Gut der Stadt Graz wird vorbehaltlich des dafür auch notwendigen Stadtsenatsbeschlusses genehmigt.
- Die Vermessung, die Errichtung der Teilungspläne und die Herstellung der Grundbuchsordnung erfolgt jeweils durch das Land Steiermark, Abteilung 16.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.10 Stk. 11) A10/6-081076/2019

Kooperationsvereinbarung Geodaten mit dem Amt der Steiermärkischen Landesregierung

1. Der Kooperationsvereinbarung Geodaten mit dem Amt der Steiermärkischen Landesregierung wird vollinhaltlich zugestimmt.
2. Das Stadtvermessungsamt wird mit der Abwicklung des vereinbarten Datenaustausches beauftragt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.11 Stk. 15) A 8-24699/2006/0050

**FH JOANNEUM GmbH;
Verlängerung der Förderung für die
Jahre 2021-2023 in Höhe von € 100.000
p.a.**

1. Der FH JOANNEUM GmbH wird zur mittelfristigen Sicherung der Planung und Finanzierung im Rahmen ihrer Erweiterungen für den Bildungs- und Wissenschaftsstandort Graz am Standort Eckertstraße 7a („Techno Park Graz-West“) eine Förderung in Höhe von 100.000 Euro p.a. inkl. MWSt. für die Jahre 2021-2023 gewährt.
2. Die Förderung ist gebunden an das aufrechte Bestehen des Mietvertrages, abgeschlossen zwischen der FH JOANNEUM GmbH und der Techno Park Graz - West Liegenschaftsverwertung und Verwaltung GmbH vom 22.02.2017.
3. Die Auszahlung erfolgt über Antrag der FH JOANNEUM GmbH. Diesem Antrag ist ein jährlicher Bericht über die Entwicklung des am Standort Eckertstraße 7a angesiedelten Forschungszentrums anzuschließen.
4. Vorbehaltlich der Budgetbeschlussfassungen ist der Finanzmittelbedarf im Voranschlag und im mittelfristigen Haushaltsplan 2021-2023 (LCF Finanzdirektion) wie folgt sicherzustellen:

2021: 100.000 Euro	2022: 100.000 Euro	2023: 100.000 Euro
--------------------	--------------------	--------------------

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.12 Pkt. 16) A 8-175/2020/0027

**Abteilung für Bildung und Integration,
LeO - Lernen und Orientierung für Eltern
in der Schule, Projektgenehmigung über
€ 90.000,- für die Jahre 2020-2021 im LCF
der Abteilung für Bildung und
Integration**

Die Projektgenehmigung „LeO - Lernen und Orientierung für Eltern in der Schule“ über insgesamt € 90.000,- wird wie folgt erteilt:

2020	€	27.000,-
2021	€	63.000,-
Gesamtsumme	€	90.000,-

Die Finanzierung der erforderlichen Mittel erfolgt im jeweiligen LCF des ABI-Voranschlags Finanzstelle 340 / Fonds 426100 / Finanzposition 1.755000 / Deckungsring 0.340012.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.13 Stk. 19) A 8-173/2020-109

**Reininghausstraße – Handelsstraße -
Straßganger Straße, Umgestaltung von
Flächen, Grünraum- und Beleuchtungs-
maßnahmen,**

- 1. Erhöhung der bestehenden
Projektgenehmigung um € 320.000
auf € 420.000 für 2020 im ICF**
- 2. Finanzmittelverschiebung im
Rahmen der Projektgenehmigung im
ICF in Höhe von 121.800**
- 3. Budgetvorsorge über € 320.000 im
Jahr 2020 im ICF**

1. Die Erhöhung der Projektgenehmigung „Reininghausstraße – Straßganger Straße“ in Höhe von 320.000 Euro von 100.000 Euro auf insgesamt 420.000 Euro wird erteilt. Die Bedeckung von insgesamt 320.000 Euro erfolgt durch eine Umschichtung der nicht mehr benötigten Restmittel von der Projektgenehmigung „Alte Poststraße/Kratkystraße Ost“.

öffentliche Gemeinderatssitzung vom 17. September 2020

2. Der Finanzmittelverschiebung im Rahmen der Projektgenehmigung „Alte Poststraße/ Kratkystraße Ost“ in Höhe von 121.800 Euro (Vorgriff aus Folgejahren) wird zugestimmt.

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2020 werden wie folgt geändert:

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2020	EVA 2020
220	612000	1.060000	12203260	Alte Poststraße/ Kratkystraße Ost / Im Bau befindliche Grundstücks- einrichtungen	D.220326	+ 121.800,-	
180	612000	2.346000		Investitionsdarlehen von Kreditinstituten		+ 121.800,-	

3. Erhöhung der Projektgenehmigung „Reininghausstraße – Straßganger Straße“

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2020 werden wie folgt geändert:

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2020	EVA 2020
220	612000	1.062000	12203480	Reininghausstraße- Straßgangerstraße/ Im Bau befindliche technische Anlagen	D.220348	+ 320.000,-	
220	612000	1.060000	12203260	Alte Poststraße/ Kratkystraße Ost/ Im Bau befindliche Grundstücks- einrichtungen	D.220326	- 320.000,-	

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.14 Stk. 20) A 8-000175/2020-0025

**Stadtbaudirektion, Feuerwache Ost
Planung,**

- 1. Projektgenehmigung über
€ 581.000,- für die Jahre 2020 und
2021 im ICF,**
- 2. Budgetvorsorge über € 30.000,- im
Jahr 2020 im ICF**

1. Die Projektgenehmigung „Feuerwache Ost Planung" in Höhe von insgesamt € 581.000,- wird wie folgt erteilt:

2020: € 30.000,-

2021: € 551.000,-

Die Bedeckung von insgesamt € 581.000,- erfolgt durch eine Umschichtung der nicht mehr benötigten Restmittel von der Projektgenehmigung „Alte Poststraße/Kratkystraße Ost“. Somit entstehen keine zusätzlichen Kosten.

2. Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2020 werden wie folgt geändert:

Finanz- stelle	Fonda	Finanz- position	Haushalts- programm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungs- ring	FVA 2020	EVA 2020
220	1.62000	1.061000	12203750	Feuerwache Ost Pla- nung / Im Bau befindliche Gebäude und Bauten	D.220375	+ 30.000,-	
180	162000	2.346000		Investitionsdarlehen von Kreditinstituten		+ 30.000,-	
220	612000	1.060000	12203260	Alte Poststraße/Kratkystra- ße Ost Im Bau befindliche Grund- stückseinrichtungen	D.220326	- 30.000,-	
180	612000	2.346000		Investitionsdarlehen von Kreditinstituten		- 30.000,-	

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**8.15 Stk. 21) F-000847/2004-0012 Planungsbeschluss Neubau Feuerwache Ost
A10/BD-063225/2019-0005 über
€ 581.000,- in der AOG 2020 - 2021**

1. Der vorstehende Bericht wird zur Kenntnis genommen und der Planungsbeschluss für den Neubau der Feuerwache Ost gefasst.
2. Im Rahmen ihrer Funktion als Auftraggeberin (anweisungsbefugte Stelle) nimmt die Abteilung für Katastrophenschutz und Feuerwehr die Projektleitung wahr.
3. Die Stadtbaudirektion Referat Hochbau wird mit der Durchführung eines EU-weiten Realisierungswettbewerb im Oberschwellenbereich beauftragt. Die Stadtbaudirektion wird in allen weiteren Planungs- und Realisierungsphasen die technische Projektbegleitung durchführen.
4. Die Bedeckung der Kosten erfolgt auf den im parallelen Finanzstück festzulegenden Voranschlagstellen.
5. Die GBG Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH wird als Generalunternehmer mit der operativen Projektdurchführung/Bauabwicklung des Neubaus Feuerwache Ost beauftragt. Die Verrechnung an die Auftraggeber erfolgt nach tatsächlicher Abrechnung der weiter vergebenen Sub-Leistungen (inkl. Skontoabzug) zuzüglich des GBG Baubetreuungsentgeltes.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.16 Stk. 22) A 8-000175/2020-0026 Stadtbaudirektion, Neubau der VS Reininghaus – Architekturwettbewerb,
1. Projektgenehmigung über € 240.000,-für die Jahre 2020 und 2021 im ICF,
2. Budgetvorsorge über € 20.000,- im Jahr 2020 im ICF

1. Die Projektgenehmigung „Neubau der VS Reininghaus – Architekturwettbewerb“ in Höhe von insgesamt € 240.000,- wird wie folgt erteilt:
 - 2020: € 20.000,-
 - 2021: € 220.000,-
2. Die Bedeckung von insgesamt € 240.000,- erfolgt durch eine Umschichtung der nicht mehr benötigten Restmittel von der Projektgenehmigung „Alte Poststraße/Kratkystraße Ost“. Somit entstehen keine zusätzlichen Kosten.

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2020 werden wie folgt geändert:

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2020	EVA2020
220	211000	1.728000	12203740	Neubau der VS Reininghaus - Wettbewerb/ Im Bau befindliche Gebäude und Bauten	D.220374	+ 20.000	+ 20.000
180	211000	2.346000		Investitionsdarlehen von Kreditinstituten		+ 20.000	
180	211000	2.895000		Entnahmen von allgemeinen Haushaltsrücklagen			+ 20.000
220	612000	1.060000	12203260	Alte Poststraße/ Kratkystraße Ost Im Bau befindliche Grundstückseinrichtungen	D.220326	- 20.000	
180	612000	2.346000		Investitionsdarlehen von Kreditinstituten		- 20.000	

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**8.17 Stk. 23) A 8 - 18090/2006-101
A 15 - 22706/2006-55**

**Graz Tourismus- und Stadtmarketing GmbH;
1. Eingliederung Citymanagement in die Holding Graz,
2. Änderung des Finanzierungsvertrages vom 17.10.2019 für die Jahre 2021 und 2022**

Der beiliegende Finanzierungsvertrag, Änderung des Finanzierungsvertrages vom 17.10.2019, der einen integrierenden Bestandteil dieses Gemeinderatsbeschlusses bildet, wird für den Zeitraum von 01.01.2021 bis 31.12.2022 genehmigt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und SPÖ) angenommen.

8.18 Stk. 25) A 10/8-117827/2018/5

Mobilitätsvertrag und Vertrag des Landes Steiermark zum Bebauungsplan 03.24.0 Hochsteingasse - Grabenstraße

1. Vorstehender Bericht wird genehmigt.
2. Dem in Beilage befindlichen Mobilitätsvertrag, der einen integrierenden Bestandteil des gegenständlichen Berichtes bildet, wird die Zustimmung erteilt.
3. Dem in Beilage befindlichen Vertrag des Landes Steiermark, der einen integrierenden Bestandteil des gegenständlichen Berichtes bildet, wird die Zustimmung erteilt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ und SPÖ) angenommen.

8.19 Stk. 29) A8 - 000175/2020-28 Diverse Klimaschutzprojekte,
1. Projektgenehmigungen in Höhe von insgesamt € 2.100.000,-
für die Jahre 2020-2022 im ICF,
2. Budgetvorsorgen über insgesamt € 565.000,- im Jahr 2020 im ICF

1. Die Projektgenehmigung „Grünraumbewirtschaftung mit emissionsfreien, leisen (elektrifizierten) Geräten für Stadtpark und Schloßberg" in Höhe von insgesamt € 500.000 wird wie folgt erteilt:

Jahre	Mittelbedarf
2020	€ 300.000,-
2021	€ 200.000,-
Summe	€ 500.000,-

Die Projektgenehmigung „Maßnahmenprogramm Grazer Stadtbaum, Projektgenehmigung" in Höhe von insgesamt € 750.000,- wird wie folgt erteilt:

Jahre	Mittelbedarf
2020	€ 55.000,-
2021	€ 395.000,-
2022	€ 300.000,-
Summe	€ 750.000,-

Die Projektgenehmigung „Maßnahmenprogramm Grazer Stadtbaum Demoprojekte Teil 1" in Höhe von insgesamt € 850.000,- wird wie folgt erteilt:

Jahre	Mittelbedarf
2020	€ 110.000,-
2021	€ 740.000,-
Summe	€ 850.000,-

2. Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2020 werden wie folgt geändert:

Zu a. Umstellung von Mineralwasser aus PET- bzw. Glasflaschen auf Gastro-Sodaanlagen

3	Fonds	Finanzposition	Haus-haltspro-gramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA2020	EVA 2020
220	851000	1.062000	12203160	Zentraler Speicherkanal/ Im Bau befindliche technische Anlagen	D.220316	-100.000	
180	851000	2.346000		investitions-darlehen		-100.000	
220	529000	1.786000	12203760	Klimaschutzpro-jekte/Kapital-transfers an Beteiligungen	D.220376	+100.000	+100.000
180	529000	2.346000		Investitionsdarlehen		+100.000	
180	529000	2.895000		Entnahmen von allgemeinen Haushaltsrücklagen			+100.000

Über den Betrag von € 100.000 erfolgt eine Zahlung Stadt Graz an die Geriatrischen Gesundheitszentren, welche für die Abwicklung zuständig ist.

Zu b. Grünraumbewirtschaftung mit emissionsfreien, leisen (elektrifizierten) Geräten für Stadtpark und Schloßberg

öffentliche Gemeinderatssitzung vom 17. September 2020

Finanz- stelle	Fonds	Finanz- position	Haushalts- programm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungs- ring	PVA2020	EVA2020
220	851000	1.062000	12203160	Zentraler Speicherkanal/ Im Bau befindliche technische Anlagen	D.220316	-300.000	
180	851000	2.346000		Investitions- darlehen		-300.000	
220	522000	1.786000	12203760	Klimaschutz- projekte/ Kapitaltransfers an Beteiligungen	D.220376	+300.000	+300.000
180	522000	2.346000		Investitions- darlehen		+300.000	
180	522000	2.185800		Entnahmen von allgemeinen Haushaltsrück- lagen			+300.000

Über den Betrag von € 500.000,- erfolgt eine Zahlung Stadt Graz an die Holding Graz Stadtraum (€ 300.000,- für 2020 und € 200.000,- für 2021), welche für die Abwicklung zuständig ist.

öffentliche Gemeinderatssitzung vom 17. September 2020

Zu c. Maßnahmenprogramm Grazer Stadtbaum

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA2020	EVA 2020
220	851000	1.062000	12203160	zentraler Speicherkanal/ Im Bau befindliche technische Anlagen	D.220316	-55.000	
180	851000	2.346000		Investitionsdarlehen		-55.000	
240	815000	1.060000	12403240	Maßnahmenprogramm Grazer Stadtbaum/ Im Bau befindliche Grundstückseinrichtungen	D.240324	+55.000	
180	815000	2.346000		Investitionsdarlehen		+55.000	

Zu d. Maßnahmenprogramm **Grazer Stadtbaum**, Demoprojekte Teil 1

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA2020	EVA 2020
220	851000	1.062000	12203160	zentraler Speicherkanal/ Im Bau befindliche technische Anlagen	0.220316	-110.000	
180	851000	2.346000		Investitionsdarlehen		-110.000	
240	815000	1.060000	12403250	Grazer Stadtbaum Demoprojekte 1 / Im Bau befindliche Grundstückseinrichtungen	D.240325	+110.000	
180	815000	2.346000		Investitionsdarlehen		+110.000	

4. Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2020 werden wie folgt geändert:

Finanz- stelle	Fonds	Finanz- position	Haushalts- programm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungs- ring	FVA 2020	EVA 2020
120	390000	1.757000		Transf. private Org.		+90.000	+90.000
180	970000	1.729000		Verstärkungsmittel		-90.000	-90.000

5. Die erforderlichen Mittel in Höhe von € 90.000,- für das Jahr 2020 liegen auf FiPos: 1.757000, Fonds 390000 bereit bzw. werden im Zuge des Budgets 2021 dort vorgesehen.

6. Der Auszahlungszeitpunkt für die Subvention in Höhe von € 90.000,- wird per sofort festgelegt, der Auszahlungszeitpunkt für die Subvention in Höhe von € 230.000,- wird per 23.01.2021 festgelegt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**8.21 Stk. 32) A 8 – 21515/2006-268 GBG Gebäude- und Baumanagement
Graz GmbH; Ergänzung zum
Ergebnisabführungsvertrag;
Sondergesellschafterzuschuss EUR
20.000,00**

Der Abschluss der einen integrierenden Bestandteil dieser Beschlussfassung bildenden Ergänzung zum seit 1.1.2018 geltenden Ergebnisabführungsvertrages, unterschrieben aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses vom 14.12.2017, GZ: A 8-21515/ 2006-223, AB- 20081/ 2006-192, A8/4-53071/2017-54, wird genehmigt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) angenommen.

Berichterstatter: StR Dr. Riegler

8.22 Stk. 2) A 8 – 101366/2019/12

**Budgetfahrplan 2020/2021,
Informationsbericht**

StR Dr. **Riegler**:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, hoher Gemeinderat. Ich darf es kurz machen, wir haben ja angekündigt, dass wir im Oktober einen Nachtragsvoranschlag einreichen werden, weswegen war das notwendig? Weil wir eben schon von März/April heraus nach dem Lockdown erkannt haben, dass wir voraussichtlich hinsichtlich der Kommunalsteuer-Ertragsanteil-Situation, aber auch hinsichtlich von diversen Mehrausgaben, die aufgrund des Lockdowns hinzugekommen sind, sowie Mindereinnahmen bei den Tochtergesellschaften, Stichwort: Flughafen. Das wäre eben aus all diesen genannten Gründen. Aufgrund des Grazer Stadt Statutes sind wir verpflichtet, einen neuen Voranschlag 2020 einzureichen und Ihnen vorzulegen. Die Vorbereitungen dafür sind zügig im Gange. In dem Bericht, den ich Ihnen heute vorlege, teile ich Ihnen mit, dass wir, statt im Oktober, erst im November diesen Nachtragsvoranschlag einbringen werden, dafür aber gleich gemeinsam mit dem Voranschlag für 2021, das heißt, es bleiben uns sozusagen zwei Budgetsitzungen erspart und wir machen alles en bloc in einer Sitzung. Ich möchte vielleicht kurz für die Zuseherinnen und Zuseher, die sich für die Grazer Finanzpolitik interessieren, vielleicht schon auch berichten, dass uns einerseits einiges gelungen ist. Wir haben hinsichtlich diverser Investitionsbedürfnisse und der finanziellen Ausfälle vom Land Steiermark sowie von der Bundesregierung jeweils in zweistelliger Millionenhöhe Förderungen bekommen. 34 Mio. seitens des Bundes und 18 Mio. seitens des Landes Steiermark. Diese Investitionsförderungen aus diesem Kommunalen Investitionspaket sind, wie Sie sicher wissen werden, gekoppelt an Investitionsprojekte, die ja bei uns in Graz reichhaltig stattfinden. Wir haben ja Investitionsprojekte sowohl im öffentlichen Verkehr als auch im Schulbau und

diese laufen auch planmäßig weiter, weswegen wir Ihnen wahrscheinlich auch schon im Oktober oder im November die Liste der Projekte dann auch vorlegen werden können, die eben tatsächlich zur Grundlage dieser beantragten Förderungen vom Bund und Land gemacht werden. Gleichzeitig darf ich Ihnen auch berichten, dass wir durch verschiedene liquiditätsstärkende Maßnahmen, die wir noch vor dem Sommer getroffen haben, Mai, Juni, Juli haben wir ja jeweils Finanzierungen aufgenommen, Sie waren dabei, dass wir durch diese Finanzierungen jetzt in die Lage versetzt sind, eigentlich etwas entspannter den Rest des Jahres 2020, den Beginn des Jahres 2021 finanziell zu überstehen, dass also sozusagen durch die Finanzierungsaufnahme, die wir getätigt haben, die Liquidität sichergestellt ist, was aber eben nur deshalb möglich war oder nur dadurch möglich war, dass wir eben wirklich von Mai/Juni an sehr aktiv uns um Finanzierungen gekümmert haben. Es kann auch durchaus sein, dass wir heuer noch einer weiteren Finanzierung sicher antreten werden. Aus heutiger Sicht gehen wir davon aus, dass es keinen v-förmigen Konjunkturverlauf geben wird, also dass nicht sofort die Konjunktur wieder gewissermaßen nach oben schnellen wird. Es gibt zwar in der allerjüngsten Vergangenheit Berichte, sowohl von Wirtschaftsforschungsinstitut, als auch vom KDZ, die besagen, dass möglicherweise in Einzelbereichen die Kommunalsteuer und Ertragsanteileausfälle geringer ausfallen könnten als ursprünglich befürchtet, aber ich würde dennoch angesichts der jüngeren Entwicklungen, in der Pandemieentwicklung nicht davon ausgehen, dass wir bei den Tochtergesellschaften extreme Verbesserungen kurzfristiger Natur erwarten dürfen. Wie wohl aber immerhin, was ebenfalls erfreulich ist, z.B. die Flüge nach Amsterdam wieder aufgenommen wurden und jetzt auch wieder Flugverbindungen über die Lufthansa an die deutschen Flughäfen tatsächlich wieder intensiviert werden. Das heißt, insgesamt also ein etwas positiveres Bild, ich möchte betonen, dadurch also auch mit einem gewissen Eigenlob, dass wir, glaube ich, sehr vernünftig vorgegangen sind, was zunächst einmal den Verzicht auf Neufinanzierungsprojekte während dieser Phase betrifft. Wir haben da gleich relativ schnell im Mai/Juni klargemacht, dass wir bis zur

Beschlussfassung über ein Nachtragsbudget keine weiteren Finanzierungen von Investitionsprojekten, keine Neuprojekte beschließen werden, haben aber, wie jeder Grazer und jede Grazerin sich wird überzeugen können, über die letzten Monate hinweg ausführlich große Investitionsprojekte deutlich und erfolgreich weiter vorangetrieben. Ich erwähne hier den Straßenbau im Ausbau in Reininghaus, die Smart City. Wir haben heute auch ein Stück im Gemeinderat, ich weiß, nicht ob es en bloc beraten wird oder ob es einzeln abgestimmt wird, ein Stück, mit dem beispielsweise auch die Planungsmittel für die Südwestlinie freigegeben werden, also jeder, der vielleicht auch zuhause an den Computern zu der Meinung kommen sollte oder mit der Meinung hineingehen sollte, dass zu wenig für den öffentlichen Verkehr getan würde, dem muss ich widersprechen. Wir investieren in diese Gemeinderatsperiode 250 Mio. Euro allein in den Straßenbahnlinienausbau und da rede ich noch gar nicht von den laufenden Sanierungsmaßnahmen sowie auch von der Anschaffung des rollenden Materials, auch das wird noch in dieser Gemeinderatsperiode dann zu beschließen sein. Insgesamt also ein, vorsichtig gesagt, etwas optimistischerer Ausblick und eben gleichzeitig auch ein Informationsbericht darüber, dass wir eben nun anstatt im Oktober erst im November mit dem Nachtragsvoranschlag kommen werden, dafür werden die Zahlen, die wir dann vorlegen, aber auch mit noch größerer Solidität belastbar sein. In diesem Sinne freue ich mich, dass wir so zügig auch vorankommen mit den Budgetgesprächen, ich habe sowohl mit Kollegen Krotzer, Kollegin Schwentner, auch Kollegen Hohensinner bereits erste Budgetgespräche geführt. Die Eckwerte sind jetzt in den letzten Tagen auch an die Abteilungen ausgeschickt worden. Ich möchte in diesem Zusammenhang dann auch immer wieder den Kolleginnen und Kollegen von den Tochtergesellschaften, den Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern und auch den Kolleginnen und Kollegen von der Finanzdirektion ganz herzlich danken. Es ist viel Arbeit, denn wir mussten jetzt über den Sommer für jede einzelne Budgetierungseinheit einen Forecast ermitteln und wir haben auch sehr viel natürlich eingesetzt, um eben möglichst alle dringlichen Bestellungen schnell abwickeln zu können, also

insgesamt ein großes Danke an alle Beteiligten und ich bitte um Annahme dieses Informationsberichtes (*Appl.*).

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Nachtragsvoranschlag 2020 ist gemeinsam mit dem Voranschlag 2021 und der Mittelfristplanung 2022 bis 2025 vorzubereiten und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung in seiner Sitzung am 5.11.2020 vorzulegen.

Bgm. Mag. Nagl:

Herr Stadtrat, danke für die Ausführungen. Gibt es zu Punkt 2 Wortmeldungen?

Das ist nicht Fall, dann bringe ich Punkt 2 zur Abstimmung, wer dafür ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (13.47 Uhr).

Berichterstatter: GR Dr. Piffli-Percevic

8.23 Stk. 12) A10/6 – 006727/2020

**Bez.: VII. Liebenau, KG Graz-Stadt-
Thondorf Gst.Nr. 195/3
Neubenennung einer Straße in
Murauenstraße**

GR Dr. **Piffl-Percevic:**

Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat. Es geht gleich um zwei Stücke. Das ist zunächst einmal die Neubenennung der Murauenstraße und dann ein Bebauungsplan in der Pflanzengasse. Die Murauenstraße führt schon im Bezirk Liebenau südlich der Südautobahn von der Liebenauer Hauptstraße zur Mur und geht dann entlang der Mur in unsere Nachbargemeinde Gössendorf und es ist hier vorgesehen und im Ausschuss auch mehrheitlich beschlossen worden, hier einen Flurnamen zu wählen, weil dieser Weg in die Murauen führt, die wir ja auch in der Stadt Graz, Augartenbucht, und auch südlich von Graz, im Bereich des dortigen Stausees, sozusagen wieder renaturierend in die ursprüngliche Form tendenziell bringen. Es ist daher sehr angebracht, hier diesen Flurnamen auch diesem Weg zu geben und darüber hinaus ist auch, weil er in unsere Nachbargemeinde Gössendorf führt, das mit der Nachbargemeinde abzustimmen. Es gibt hier einen Abänderungsantrag. Ich greife den nicht vor, werde mich dann auch noch hiezu äußern (*Appl.*).

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1.) *Die Straße in Liebenau, die von der Liebenauer Hauptstraße abzweigend, entlang der Mur nach Gössendorf verläuft, bestehend aus dem Grundstück 195/3 (KG Graz Stadt-Thondorf), wird in*

Murauenstraße

benannt.

- 2.) *Die Beschaffung und Anbringung der Benennungstafeln erfolgt durch die Holding Graz Services- Spartenbereich Stadtraum.*

GR. Mag. **Kuhn**:

Sehr geehrte KollegInnen, sehr geehrte ZuseherInnen, ZuhörerInnen. Ja, es gibt von uns einen Abänderungsantrag und zwar für die Neubenennung; und zwar in unserer Stadt Graz, aber da sind noch viele andere Kommunen betroffen, ist die Anzahl der Straßen, die nach Frauen benannt werden, äußerst gering, obwohl es auch Richtlinien für diese Straßenbenennungen gibt, dass Frauen bevorzugt genannt oder neue Straßen nach Frauennamen benannt werden sollen. Wien z.B. hat in der Seestadt vorbildlich den Großteil der Straßen, Plätze und Parkanlagen dort nach Frauen benannt. Über 50 sind dort geehrt, das ist sehr positiv da zu bezeichnen. Wir schlagen vor, und zwar Vicenza Wenderich, und das ist nicht nur einfach so, dass eben eine Frau ist, sondern die war eine Fahrradpionierin, hat einen Damen-Bicycle-Club im Jahre 1893 mitbegründet und das würde auch dort deshalb sehr gut passen, weil entlang dem Murradweg eben das alte Puchwerk auch dort war und deshalb auch sinnvoll nach eben einer Radfahrpionierin benannt. Deshalb stelle ich den Abänderungsantrag, die Straße in Liebenau, die von der Liebenauer Hauptstraße abzweigend entlang der Mur nach Gössendorf verläuft, bestehend aus dem Grundstück 195/3, wird in Vicenza-Wenderich-Straße benannt (*Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Nur ein sehr geringer Anteil der Grazer Straßen ist nach Frauen benannt, obwohl die im Gemeinderat beschlossene Richtlinie für Straßenbenennungen vorsieht, dass bei Benennungen bevorzugt die Namen von Frauen zu verwenden sind, um Frauen und deren Leistungen verstärkt in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen. Andere Städte sind hier wesentlich konsequenter als Graz. So hat Wien im Stadtteil Seestadt Straßen, Plätze und Parks fast ausschließlich nach Frauennamen benannt. Mehr als 50 starke Frauen wurden dort bereits verewigt. Das könnte auch Graz leisten.

Wir schlagen daher vor, die Straße nach Vicenza Wenderich zu benennen. Vicenza Wenderich war eine Grazer Radpionierin und Mitbegründerin des Grazer Damen-Bicycle-Clubs im Jahr 1893. Dieser Club war der erste Frauenradfahrverein Österreichs. Der Verein organisierte u.a. Wanderfahrten, warb um Sympathien fürs Radfahren und eroberte mehr Bewegungsraum für Frauen. Die Benennung dieser Straße nach Vicenza Wenderich würde sich auch deshalb anbieten, da sich die Straße in der Nähe der alten Puchwerke befindet und parallel zum Murradweg verläuft.

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

Abänderungsantrag:

Die Straße in Liebenau, die von der Liebenauer Hauptstraße abzweigend entlang der Mur nach Gössendorf verläuft, bestehend aus dem Grundstück 195/3 (KG Graz Stadt-Thondorf), wird in Vicenza-Wenderich-Straße benannt.

GR Sikora:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Grazer Gemeinderates, werte Stadtregierung. Es ist überraschend, dass du diesen Antrag eingebracht hast, wir haben den im Vorfeld leider nicht zur Kenntnis gebracht bekommen. Wir werden dem selbstverständlich zustimmen, es ist genau unsere Intention, wir haben das auch im Ausschuss kurz erwähnt. Wir haben aber dem Stück trotzdem zugestimmt, aus Mangel an Alternativen, und weil eben die Gemeinde Gössendorf auch einen diesbezüglichen schon gültigen Gemeinderatsbeschluss gefasst hat. Wir werden aber diesem Abänderungsantrag sehr gerne zustimmen, danke, dass du ihn eingebracht hast. Falls er wider Erwarten, was ich ja nicht hoffe, nicht durchgehen wird, werden wir unsere Meinung dann weiterhin beibehalten, wie wir es im Ausschuss dann auch getätigt haben, dass wir dem Stück dann trotzdem so

zustimmen, wie es vorliegt und, Kollege Lohr, ich glaube, du wirst ja dem Abänderungsantrag auch zustimmen, dafür bedanke ich mich jetzt recht herzlich. Danke (*Gelächter, Appl.*).

GR Dr. Piffl-Percevic:

Lieber Gemeinderat, liebe ZuseherInnen und ZuhörerInnen. Damit das ins richtige Licht gerückt werden kann. Ja, wir bekennen uns, auch die Volkspartei, ich kann das im Ausschuss auch für alle Ausschussfraktionen sagen, grundsätzlich nach gegebener Möglichkeit den Frauennamen den Vortritt zu lassen. Wir haben aber nicht beschlossen, dass Flurnamen, oder auch Männernamen im Einzelfall, daher nicht als Möglichkeit anzusehen sind. Wir sind mit dem Vorschlag daher nicht im Widerspruch zu unserem Grundsatzbeschluss. Ich möchte das schon festhalten, weil das jetzt auch tendenziell immer wieder so dargestellt wird, als würden wir zusagen wortbrüchig geradezu. Zum Vorschlag: Vicenza Wenderich war ja, richtig dargelegt, die Mitbegründerin den ersten österreichischen Damen-Bicycle-Clubs im Jahr 1893. Die Gründerin war Elisa Steiniger und im Jahr 2006 wurde ihr auch der Steg, oder die Unterbindung des Murradweges, im Bereich der Keplerbrücke namensgebend gewidmet. Es gibt dort auch eine Namenstafel nach Elisa Steininger, wie gesagt, die Gründerin dieses Clubs und nachdem mein Kollege Georg Topf auch an die Frau Stadträtin Elke Kahr, um, Christian Sikora, auch auf deine Wortmeldung auch einzugehen, gerade heute in der Fragestunde quasi angeregt hat, den Planungsausschuss möglichst schnell zu beauftragen mit den derzeitigen Erkenntnissen des überörtlichen Radwegenetzes und was das für unseren Ausbau in Graz betrifft, bin ich absolut zuversichtlich, dass wir für Vicenza Wenderich, weil wir das geradezu mitdenken können, bei den neu konzipierten Radautobahnen auch einen würdigen Platz bzw. in dem Fall Namen für einen Radweg geben werden. Kürze ab: Dieser Name kommt ja auch, wenn er nicht schon ist, auf die Liste der Namen, die beim Stadtvermessungsamt aufliegt, ich rege das an, falls es noch nicht der Fall ist und wir werden das sicher demnächst

auch realisieren können. Bleibe bei meinem Antrag, wie er gestern im Ausschuss beschlossen wurde, weiß daher auch um die Pro-Stimmen der KPÖ heute, weil das wurde ja gerade angekündigt und wiederhole den Antrag in Murauenstraße.

Danke (*Appl.*).

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen Grüne, SPÖ, Neos) abgelehnt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) angenommen.

Berichterstatter: GR Dr. Piffl-Percevic

8.24 Stk. 13) A14-006863/2018/18

**04.32.1 Bebauungsplan
„Wiener Straße – Pflanzengasse –
Neubaugasse“, 1. Änderung,
IV. Bez., KG Lend
Beschluss**

GR Dr. Piffl-Percevic:

Herr Vorsitzender, meine Kolleginnen und Kollegen, liebe ZuhörerInnen und ZuseherInnen. Es geht um eine Änderung eines bestehenden Bebauungsplanes, und zwar im Bezirk Lend. Wir haben im Vorjahr dort, wo das Schlüssel-Museum ist, eine äußerst bemerkenswerte, kulturelle Einrichtung in Graz, einen Bebauungsplan beschlossen, der Rücksicht nimmt maßgeblich, dass dieses Schlüssel-Museum dort in der Wiener Straße – Pflanzengasse – Neubaugasse, in diesem Bereich, auch sein verdientes Auskommen findet im Sinne einer geordneten Umgebung unter Ausschluss von Einkaufszentren und Gastronomie, dass diese kulturelle Einrichtung, so ist es vom Herrn Schell, dem nicht genug zu danken ist für dieses

einzigartige Institut, dass dieses auch geordnet bestehen kann. Der Herr Schell ist jetzt an die Stadt herangetreten und hat eine Langzeitperspektive entwickelt, er glaubt, dass spätestens ab dem Jahre 2040 hier die Suche nach einem noch geeigneteren Standort erfolgreich verlaufen ist, dass danach dort, nach 2040, auch die Nutzung für Büroräumlichkeiten einzuräumen wäre, also mit dem Vorliegen, das Ansinnen wurde geprüft vom Stadtplanungsamt, für positiv befunden und auch im Ausschuss haben wir das vorberaten, wir können diesem Antrag, den ich hiermit hier vorbringe und stelle, daher mit gutem Gewissen zustimmen und vielleicht auch unsere Augen und unsere Fühler offen und sensibel halten für geeignete Standorte. Wir haben vorher gerade im Zusammenhang mit den Muraue das Puchwerk gehört, es gibt das Puch-Museum, es gibt das Schlüssel-Museum, es gibt auch Überlegungen, heute auch schon angeschnitten, andere Orte, die in der Stadt sich für solche Einrichtungen ganz hervorragend eignen. Ich glaube, das gehört in Richtung Kulturstadtrat, auch noch einmal zum Ausdruck gebracht. Nehmen wir daran teil, diese Änderung des Bebauungsplanes ist jedenfalls vollinhaltlich zu unterstützen.

Originaltext des Antrages:

Der Berichtstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- *den 04.32.1 Bebauungsplan „Wiener Straße-Pflanzengasse-Neubaugasse, 1. Änderung“, bestehend aus dem Wortlaut (Verordnung) und dem Erläuterungsbericht.*

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) angenommen.

Berichterstatter: GR HR DI Topf

8.25 Stk. 14) A14-00 5320/2020

**16.31.0 Bebauungsplan
„Kapellenstraße - Am Wagrain“
XVI. Bez., KG Webling**

GR HR DI Topf:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Kollegen und Kolleginnen des Gemeinderates, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Hier geht es um einen Bebauungsplan in der KG Webling, 16. Bezirk, und es geht um den Bebauungsplan Kapellenstraße am Wagrain 16.31.0. Die Ausgangslage ist folgende: Es wird ein Bebauungsplan erstellt für eine Liegenschaft, die direkt am Wagrain angrenzt. Die Größe des für die Verbauung vorgesehenen Areals, das ist die Firma Strobl, die als Bauträger auftritt, beträgt 2.103 m². Gemäß dem Deckplan ist für den gesamten Bereich dort bis hin zur Kapellenstraße, bis hinunter zur Ulmgasse, im Bereich bis zur Südbahn, zum Wagrain, eben ein Bebauungsplan zu erlassen. Dieser Bebauungsplan wurde erarbeitet und wurde aufgrund der Covid-Situation nicht in einer öffentlichen Bürgerinformationsveranstaltung präsentiert, sondern es wurden die betroffenen Bevölkerungsgruppen eben angehalten per Postwurf, die entsprechenden Einwendungen oder Fragestellungen, Stellungnahmen im Bereich der Stadtplanung einzubringen. Es hat Einwendungen gegeben und diesen Einwendungen wurde wie folgt entsprochen. Haben dann dazu geführt, dass es doch einige Änderungen gegenüber dem Auflageentwurf gegeben hat. Das war einerseits die Bebauungsweise in der Forderung § 2, es gibt die offene Bebauung für die Grundstücke, die angesprochen wurden, das ist das Grundstück Nr. 214/11 und das Grundstück Nr. 214/24, dort ist auch eine gekoppelte Bebauung zulässig. Dann im Verordnungspunkt § 6 wurden die Gebäudehöhen und die Gesamthöhen und die Dächer nochmals im Absatz 7 fixiert. Entlang der Kapellenstraße wird bei den Hauptgebäuden eine Mindestgebäudehöhe von 6 m festgelegt, das ist darauf zurückzuführen, dass wir bereits in der Kapellenstraße eine dreigeschossige

Verbauung haben. Wichtig ist auch im Verordnungspunkt § 7, dass straßenseitige Laubengänge nicht zulässig sind, das entspricht unserem Räumlichen Leitbild. Gewerbeanlagen wurden auch behandelt, da sind auch hier Änderungen im Verordnungspunkt § 11 durchgeführt worden, auch entscheidender Punkt ist gemäß dem Räumlichen Leitbild, dass bauliche Einfriedungen ausschließlich in nicht blickdichter Form bis zu einer Höhe von maximal 1,5 m zulässig sind, damit also diese Durchgängigkeit auch gegeben ist. Ich darf daher zum Antragstext kommen:

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. den 16.31.0 Bebauungsplan „Kapellenstraße-Am Wagrain“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und da ergänze ich dazu, dass wir gestern auch darüber diskutiert haben, dass das Grundstück an einer Fahrradstraße jetzt liegt, und dass wir auch hier im Bereich der Tiefgaragenzu- und abfahrt entsprechende Vorsichtsmaßnahmen für diese Fahrradstraße sozusagen berücksichtigen müssen. Das ist ja dann Aufgabe der nachgeordneten Verfahren, und*
- 2. die Einwendungserledigungen.*

Ich bitte um Annahme dieses Stücks.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GRⁱⁿ Wagner

8.26 Stk. 17) A 8 – 31806/ 06-128

**Stadion Graz-Liebenau Vermögens-,
verwertungs- und Verwaltungs GmbH;
Ermächtigung für den Vertreter der Stadt
Graz gem. § 87 Abs. 4 des Statutes der
Landeshauptstadt Graz 1967;
Ao GV, GF-Bestellung
Mag.^a Barbara Muhr**

GRⁱⁿ Wagner:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, mit Gemeinderatsbeschluss vom 9. Juli 2020, GZ A8 – 21795/26-160 wurde die Wahl des Vorstandes der MCG Graz, die Geschäftsführerbestellung in der Messe Congress Graz Betriebsgesellschaft sowie die Ermächtigung zur Dienstvertragsunterfertigung vom Herrn Armin Egger und Frau Mag.^a Barbara Muhr genehmigt. Die Graz Liebenau Vermögensverwertungs- und Verwaltungs GmbH ist eine 100-prozentige Beteiligung der Stadt Graz und betreibt in Liebenau die Merkur Fußballarena und das Merkur Eisstadion sowie in Andritz das Trainingscenter Weinzödl. Die Führung des gesamten Geschäftsbetriebes erfolgt auf Basis eines Betriebsführungsvertrages vom 10. Mai 2005 durch die Messe Graz. Dieser Bereich wird vom Umfang her immer wichtiger, sodass Frau Mag.^a Barbara Muhr mit Arbeitsschwerpunkt im Sportbereich als Geschäftsführerin in der Stadion Graz Liebenau Vermögensverwertungs- und Verwaltungs GmbH zusammen mit Herrn Armin Egger, welcher bis dato die alleinige Geschäftsführung innehatte, bestellt werden soll. Sie soll die Gesellschaft gemeinsam mit einem weiteren Geschäftsführer oder einem weiteren Prokuristen vertreten. Im Sinne dieser Ausführungen stellt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligung, Immobilien, sowie Wirtschaft und Tourismus den Antrag:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Stadion Graz-Liebenau Vermögensverwertungs und Verwaltungs GmbH, Stadtrat Dr. Günter Riegler, wird ermächtigt, in der

noch anzuberaumenden ao Generalversammlung, insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Bestellung von Frau Mag.^a Barbara Muhr, welche die Gesellschaft gemeinsam mit einem weiteren Geschäftsführer oder einem weiteren Prokuristen vertritt, zur Geschäftsführerin der Stadion Graz -Liebenau Vermögensverwertungs- und Verwaltungs GmbH ab 01.09.2020, 00.00 Uhr.
2. Änderung der Vertretungsbefugnis von Herrn Armin Egger, welcher die Stadion Graz- Liebenau Vermögensverwertungs- und Verwaltungs GmbH gemeinsam mit einem weiteren Geschäftsführer oder einem weiteren Prokuristen, ab 01.09.2020, 00.00 Uhr, vertritt.

Ich bitte um Zustimmung.

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Stadion Graz-Liebenau Vermögensverwertungs und Verwaltungs GmbH, Stadtrat Dr. Günter Riegler, wird ermächtigt, in der noch anzuberaumenden ao Generalversammlung, insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. *Bestellung von Frau Mag.^a Barbara Muhr, welche die Gesellschaft gemeinsam mit einem weiteren Geschäftsführer oder einem weiteren Prokuristen vertritt, zur Geschäftsführerin der Stadion Graz -Liebenau Vermögensverwertungs- und Verwaltungs GmbH ab 01.09.2020, 00.00 Uhr.*
2. *Änderung der Vertretungsbefugnis von Herrn Armin Egger, welcher die Stadion Graz- Liebenau Vermögensverwertungs- und Verwaltungs GmbH gemeinsam mit einem weiteren Geschäftsführer oder einem weiteren Prokuristen, ab 01.09.2020, 00.00 Uhr, vertritt.*

GRⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe ZuhörerInnen. Wir werden diesem Gemeinderatsstück nicht zustimmen und zwar nicht deshalb, weil wir nicht an die Qualifikation von Barbara Muhr glauben, ich weiß, dass sie sich im Sportbereich sehr gut auskennt. Es geht einfach darum, dass sich hier ein Trend abbildet, der in der Stadt Graz leider in den letzten Monaten Usus geworden ist, nämlich dass für mehrere Gesellschaften bereits plötzlich die Zahl der Geschäftsführer ausgedehnt wurde, das Ganze passiert ohne Not, das Ganze passiert bar jeglichen fachlichen Grundes und es dient unserer Meinung nach einfach dazu, Postenbesetzungen, politisch motivierte Postenbesetzungen durchzuführen und deshalb werden wir dieser Praxis und in diesem speziellen Fall auch diesem Gemeinderatsstück nicht zustimmen (*Appl.*).

GR Mag. **Haßler:**

Sehr geehrter Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer, die uns von zuhause folgen. Für die SPÖ darf ich auch anmerken, dass wir aus denselben oder aus ähnlichen Gründen, wie die Kollegin Pavlovec-Meixner bereits ausgeführt hat, diesem Stück auch nicht zustimmen werden. Auch von unserer Seite stellen wir nicht die Qualifikationen von Frau Mag.^a Muhr in Frage, weil sie hat schon in der Holding bewiesen, dass sie Managementqualitäten hat und sie hat auch im Sportbereich sehr viel Erfahrung. Es geht, so wie es die Kollegin auch schon ausgeführt hat, prinzipiell darum, dass es ja eine Grundsatzfrage wäre, die wir auch hier im Gemeinderat hätten diskutieren sollen, wie viele Geschäftsführer in den einzelnen Gesellschaften unserer Stadt gebraucht werden und gerade in der jetzigen Zeit, wo die finanziellen Mittel ohnedies immer enger werden und sehr eingeschränkt nur zur Verfügung stehen, sind wir von unserer Fraktion der Meinung, dass wir jetzt nicht diesen Schritt setzen dürfen und zusätzliche Geschäftsführer hier installieren sollen. Man darf nicht vergessen, dass eine Geschäftsführerposition, die wir neu schaffen, im

Schnitt, wenn ich die Lohnnebenkosten und alles dazurechne, jährlich von 200.000 bis 300.000 Euro an zusätzlichen Kosten verursacht und wir haben jetzt, wie die Kollegin auch schon erwähnt hat, in einigen Gesellschaften diesen Schritt schon gesetzt und wenn ich jetzt zehn zusätzliche Geschäftsführer habe, bedeutet das für die Stadt Graz pro Jahr dann doch 2 bis 3 Mio Euro an zusätzlichen Kosten und ich glaube, das muss gut überlegt und gut begründet werden und wirklich auch dann gut notwendig sein, wenn man so einen Schritt setzt. Der Herr Egger hat bisher seine Aufgaben in der Messe mit der Verwaltung des Bereichs Sport sehr, sehr gut erfüllt und gerade in Zeiten wie diesen, wo die Aufgabenstellungen zwar herausfordernder sind, aber die Veranstaltungen weniger werden, glaube ich, wäre es auch gut möglich gewesen, mit einem Geschäftsführer weiter das Auslangen zu finden. Danke (*Appl.*).

GR Eber:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Für die KPÖ möchte ich sagen, danke, ich bedanke mich bei meinem Vorredner und meiner Vorrednerin. Auch wir sehen das so, dass es nicht notwendig ist, immer mehr Häuptlinge, sozusagen zu installieren und immer weniger Indianer dann unten zu haben, die die Arbeit vor Ort dann auch tatsächlich in der Praxis durchführen, das sehen wir als eines der Hauptprobleme. Das zweite Problem dabei ist vor allem auch die Art und Weise der Bestellung, wie das vonstatten gegangen ist. Wir haben also in der letzten Gemeinderatssitzung dem nicht zugestimmt und von daher wird das auch niemanden verwundern, nehme ich an, wenn wir auch heute dem Stück nicht die Zustimmung geben. Danke (*Appl.*).

StR Dr. **Riegler:**

Sehr geehrte Vorredner. Ich möchte das so nicht stehen lassen, es geht hier keineswegs um eine Aufblähung der Organisationsstrukturen, sondern es geht vielmehr um einen stark expandierenden und wachsenden Sektor in unserer Gesellschaft. Sport ist für die Stadt Graz ein enorm wichtiges Thema. Wir haben im kommenden Jahr 2021 ein Sportjahr. Wir haben in den letzten Jahren sehr viel Geld in die Erneuerung und Verbesserung unserer Sportinfrastruktur investiert. Gleich einen Steinwurf entfernt die „Hütte“, die Ballsporthalle in der Hüttenbrennergasse. Wir haben mittlerweile auch wieder den Fußballbetrieb im Stadion Liebenau aufgenommen, es gibt eine Bundesliga-Eishockeymannschaft, es gibt also jede Menge an Sportvereinen, Profisportvereinen, die in diesen Sportstätten gebraucht werden und es gibt jede Menge zu tun. Barbara Muhr ist, und das wisst ihr ganz genau, eine herausragende Persönlichkeit, auch im österreichischen Spitzensport als Funktionärin und lebt für den Sport und hat eben durchaus sich auch bereiterklärt, uns mitzuhelfen bei der Entwicklung weiterer Sporteinrichtungen. Ich erwähne auch nur bei dieser Gelegenheit die amerikanische Sportanlage in Weinzödl, ich erwähne, dass wir momentan gerade auch Geld investieren in den Ausbau/Umbau/Neubau des GAK, also des Stadions in Weinzödl, also es gibt genug zu tun und es wäre daher, glaube ich, ein wenig unfair, wenn man jetzt so tut, als ob das gewissermaßen nur eine Aufblähung wäre. Ganz im Gegenteil, es gibt sehr viel im Sport zu tun und ich glaube, dass der Sport für uns alle eine ganz, ganz große Bedeutung hat, auch gesellschaftlich, auch für unsere Jugend. Dankeschön (*Appl.*).

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Herr Stadtrat, danke für die Ausführungen, ich stoße in das gleiche Horn. Meine Damen und Herren, wir sind in einer Situation, wo die unterschiedlichsten Organisationen und Strukturen es sehr schwierig haben und wenn wir verantwortungsvoll mit der zukünftigen GF umgehen wollen, und wir hoffen, dass

wie relativ schnell wieder eine Normalität herbeiführen, weil es wirtschaftlich einfach dringend notwendig ist, dann ist es auch Pflicht, als Führungsaufgabe zu überlegen, welche Persönlichkeiten können in den einzelnen Unternehmungen auch neue Impulse setzten, neue Impulse bringen, sodass wir dann nach der sogenannten Corona-Krise auch wieder zur Normalität übergehen können und dann diesen einzelnen Unternehmungen mit diesem Impulsen auch neues Leben einhauchen, neue Geschäftsmodelle aufzeigen und damit, da sind wir, Kollege Haßler, beim Geld, natürlich auch neue Einnahmequellen erschließen, sodass diese Ausgaben sehr leicht zu kompensieren sein werden. Darüberhinausgehend neue Einnahmen lukrieren werden und das ist unser Ziel und deswegen sind diese Strukturänderungen auf Besetzungen so neu vorgenommen worden und ich schaue getrost in die Zukunft, weil diese Persönlichkeiten uns genau dort hinführen werden und sage schon Barbara Muhr herzlich danke dafür für ihren großen Einsatz und was sie für diese Stadt Graz bewirken wird (*Appl.*).

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**:

Wir kommen zur Abstimmung über das Stück. Wer für das Stück ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Grüne, SPÖ, KPÖ, Neos) angenommen.

Berichterstatter: GR Eber

8.27 Stk. 18) A8 - 000175/2020-0024

**Verkehrsplanung, Verkehrskonzept
Griesplatz und Süd-West-
Straßenbahnlinie, Planung,
1. Projektgenehmigung über
€ 150.000-, für die Jahre 2020 und**

**2021 im ICF,
2. Budgetvorsorge über € 20.000,- im
Jahr 2020 im ICF**

GR Eber:

Sehr geehrter Herr Vizebürgersmeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Ich darf dieses Stück hier gerne, wie gewünscht, präsentieren. Es handelt sich dabei eigentlich um zwei Projekte, die in diesem Stück beschlossen werden sollen, es geht zunächst um das Verkehrskonzept Griesplatz. Bereits 1998 wurde dort ein erster Architekturwettbewerb gestartet zur Neugestaltung des Platzes. Es hat dann tatsächlich im Anschluss im nördlichen Bereich einige Neugestaltungen gegeben und Verbesserungen, allerdings ist nicht das ganze Siegerprojekt umgesetzt worden. Im Juli 2015 hat dann der Gemeinderat beschlossen, einen Beteiligungsprozess anzustoßen und die Neugestaltung des Griesplatzes erneut in Angriff zu nehmen. Dabei waren insbesondere natürlich auch verkehrliche Themen bestimmend bei dem, was mit der Bevölkerung und von der Bevölkerung dort auch gekommen ist. Gleichzeitig wollte man versuchen, den Griesplatz an das Straßenbahnnetz anzubinden, das ist zunächst einmal aufgrund mangelnder technischer Umsetzbarkeit nicht gelungen, allerdings durch eine erneute Untersuchung mit der sogenannten Hüsler Studie sollte es nun erneut auch versucht werden. Im November-Gemeinderat wurde ja bereits ein Grundsatzbeschluss zur Südwest-Linie beschlossen, das bedeutet, dass der Abschnitt vom südlichen Griesplatz bis Don Bosco bereits einer detaillierten Untersuchung unterzogen wird. Nunmehr also soll das neu angestoßen werden, das Verkehrskonzept soll im Herbst 2020, also sehr zeitnah, beauftragt werden, sodass im Jahr 2021 die notwendigen Grundlagen für einen Wettbewerb vorliegen. Soweit zum Griesplatz. Das zweite Projekt sozusagen ist dann eine Vorstudie für die Südwest-Straßenbahnlinie, da geht es um den Abschnitt vom Jakominiplatz bis zum südlichen Griesplatz, insbesondere auch die Anbindung an das Einkaufszentrum Citypark hat diese Notwendigkeit ergeben. Kosten sollen diese beiden Maßnahmen rund 150.000 Euro, diese sollen durch eine Umschichtung

nicht mehr benötigter Mittel von der Projektgenehmigung Alte Poststraße/Kratkystraße Ost kommen. Der Antrag lautet demgemäß, die Projektgenehmigung wird erteilt, 20.000 Euro für 2020 und 130.000 Euro für 2021 mit den entsprechenden Änderungen im Finanzierungs- und Ergebnishaushalt. Ich ersuche um Annahme (*Appl.*).

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. *Die Projektgenehmigung „Verkehrskonzept Griesplatz und SW-Linie Planung“ in Höhe von insgesamt 150.000 Euro wie folgt erteilt:*

2020: € 20.000,-

2021: € 130.000,-

Die Bedeckung von insgesamt 150.000 Euro erfolgt durch eine Umschichtung der nicht mehr benötigten Restmittel von der Projektgenehmigung „Alte Poststraße/Kratkystraße Ost“. Somit entstehen keine zusätzlichen Kosten

2. *Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2020 werden wie folgt geändert:*

<i>Finanzstelle</i>	<i>Fonds</i>	<i>Finanzposition</i>	<i>Haushaltsprogramm</i>	<i>Beschreibung des HHP/der Fipos</i>	<i>Deckungsring</i>	<i>FVA 2020</i>	<i>EVA 2020</i>
260	612000	1.060000	12603330	Verkehrskonzept Griesplatz und SW-Linie Planung/ Im Bau befindliche Grundstückseinrichtungen	D.260333	+ 20.000,-	
220	612000	1.060000	12203260	Alte Poststraße/ Kratkystraße Ost/ Im Bau befindliche Grundstückseinrichtungen	D.220326	+ 20.000,-	

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (14.22 Uhr).

GR Dreisiebner:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren am Livestream, geschätzte Mitglieder der Stadtregierung. Ja, wir werden dem Stück zustimmen, ja, wir werden dem Stück wieder zustimmen. Was will ich damit sagen? Der enthusiastische Vortag meines Vorredners Klubobmann Manfred Eber steht ja stückweit auch dafür, wie lange diese Prozesse schon die Stadt bewegen, wo etwas angestoßen wird, wieder abgestoppt wird oder umgeplant und dann wieder angestoßen wird. Der Griesplatz ist in den 90er-Jahren schon gedacht worden, die Südwest-Linie ist in den 90er-Jahren schon gedacht worden und bis heute sind wir hier noch nicht zu Ergebnissen gekommen. Ich bin aber noch immer guten Mutes und hoffe, dass wir das jetzt anschieben werden und schlussendlich zu einer Umsetzung bringen werden. Der BürgerInnenbeteiligungsprozess, der jetzt auch schon vor fünf Jahren auf den Weg geschickt worden ist vom Gemeinderat und durchgeführt worden ist, 2016 und 2017, war damals, und das vermisse ich hier als stückweit im Motivenbericht, auch eine Frage und ein Prozess, der sich um die Gestaltung des Griesplatzes gekümmert hat und da waren sehr viele Ergebnisse aus den Veranstaltungen und aus dem Beteiligungsprozess in diese Richtung da und ich hoffe, auch wenn es hier nicht in der Überschrift steht, dass es nicht nur ein Verkehrskonzept für den Griesplatz wird, sondern dass es auch eine Gestaltung für den Griesplatz geben wird, das wäre auch ein dringender Wunsch an die dann verantwortlichen Beamtinnen und Beamten. Wie gesagt, bevor jetzt Sommerpause war, im Juli haben wir auch schon über die Südwest-Linie diskutiert und da würde die Möglichkeit sein, Bundesförderungsmittel abzuholen, auch das ist ein Punkt, den ich hier noch erwähnen möchte, wenn dieser Prozess möglichst beschleunigt durchgeführt wird und weitere Planungen in die Umsetzung und Beschlüsse in die Umsetzung für die Südwest-Linie gut auf den Weg gebracht werden, können wir vielleicht doch noch aus dem von der Bundesregierung und vom Klimaministerium ausgelobten Öffi- und Nahverkehrssubventionstopf noch das eine oder andere abholen, das würde ich mir wirklich wünschen, der Südwesten braucht es, der Gries braucht es,

Wetzelsdorf braucht es, Straßgang braucht es und in dem Sinn, wir stimmen zu und ich hoffe, dass wir nicht wieder irgendwann dasselbe diskutieren müssen. Dankeschön.

GR HR DI Topf:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Zuhörerinnen und Zuhörer. Selbstverständlich werden wir diesem Stück auch zustimmen, insbesondere als einer, der aus dem Bezirk Gries kommt, ist es mir natürlich ein Anliegen, den Griesplatz, die Südwest-Linie, aber auch insbesondere die Gestaltung des Griesplatzes mitzubegleiten, seit den 1990er Jahren darf ich das auch tun. Ich möchte schon betonen, dass auch seitens der Stadtbaudirektion mit einem eigenen beauftragten Referenten dieser Bürgerbeteiligungsprozess sehr fruchtbringend aus meiner Sicht begleitet wurde und die Ergebnisse werden selbstverständlich, weil sie die Gestaltung des Griesplatzes betreffen, miteingebunden werden. Die Voraussetzung aber für die weiteren Gestaltungsmöglichkeiten, die weiteren Gestaltungsschritte sind aber sehr intensiv mit der Verkehrsplanung abzustimmen, denn wir wollen einerseits die Südwest-Linie über den Griesplatz führen, wir müssen aber auch die Relation des Individualverkehrs neu ordnen, deshalb ist die Voraussetzung für weitere Gestaltungsmöglichkeiten, das betrifft insbesondere die Ostseite des Griesplatzes, auch die Situation der Bushaltemöglichkeiten der Regionalbusse, also es gibt viele Bereiche, die vorausschauend für die Gestaltung des Griesplatzes im Bereich Verkehr zu regeln sind und ich bin guten Mutes, dass auch die Ergebnisse dieses Beteiligungsprozesses für den Griesplatz hier in die Planung, sowohl in der Planung des Griesplatzes per se als auch in die Verkehrsplanung einfließen wollen. Ich bin guten Mutes, dass wir auf einem guten Weg sind.

StRⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Ich wollte noch etwas ergänzen zu meinen Vorrednern, die ja jetzt mehrmals schon betont haben, dass wir seit den 90er-Jahren über den Griesplatz und die Gestaltung des Griesplatzes reden. Wir dürfen nicht vergessen, da wohnen so viele Menschen wie kaum wo in einem Bezirk, außer in Jakomini und im Lend, das sind Menschen, die kaum Grünraum haben, keine eigenen Eigenheime oder eigene Gärten, das heißt, wie wir den Platz gestalten, wie wir künftig die öffentliche Anbindung dort gestalten, ist auch eine soziale Frage und das Einzige, was wir vielleicht dem Lockdown abgewinnen konnten, war zu erfahren, wie sich die Josef-Huber-Gasse, wie sich der Griesplatz anfühlen, wenn nicht die Autos durchrasen, nicht der Verkehrslärm und aber auch die Abgase so gesundheitsgefährdend sind, dass die Menschen endlich ihre Fenster aufmachen können, endlich durchatmen können und deswegen komme ich auf ein Projekt, das jetzt noch nicht erwähnt war, nämlich den Josef-Huber-Gasse-Tunnel. Ich kann nur appellieren daran, wenn wir den Griesplatz und den Gries neu gestalten, wenn wir ihn menschengerechter gestalten wollen und nicht bei der autogerechten Stadt bleiben wollen, nämlich in der Vergangenheit, sondern in eine grüne Stadtzukunft denken wollen, wo die Menschen wirklich atmen können, dann kann der Autotunnel nicht kommen, da müssen einfach andere Verkehrswege, FußgängerInnen bevorzugt werden und der Grünraum, und wir müssen absehen von diesem Projekt, das einfach noch mehr Autos in den Bezirk bringen würde. Also mein Appell geht wirklich dahin, da eine Begegnungszone zu schaffen, Platz für die Menschen zu schaffen, für weniger Autos und für mehr Menschen, um wirklich den vielen Familien, den Kindern einen guten Lebensraum im Gries zu gewährleisten. Danke (*Appl.*).

GR Ing. **Lohr:**

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörer. Ja, da sieht man wieder, wenn sich die Kollegin Schwentner von den Grünen meldet, sie vermischt da natürlich schon wieder zwei Themen und da kommt als Erstes dann gleich wieder heraus die

Autohasserpartei. Die Grünen wollen natürlich gleich wieder die Autos verbieten am Griesplatz, sie wünscht sich auch einen Lockdown, dass weiter Graz und die Wirtschaft darunter leiden, dass die Covid-Krise möglichst lang dauert, damit ja kein Auto fährt, also brauche ich nicht betonen, die freiheitliche Position ist da vernünftiger, eine positive. Und wenn wir auch kurz die Josef-Huber-Gasse ansprechen, die war natürlich immer Voraussetzung, dass in Reininghaus gebaut werden kann. Sie ist im Rahmenplan vorhanden, wenn wir diese Autoverbindung nicht zulassen wollten, müssten wir sofort einen Baustopp machen in Reininghaus, einen Rückbau der Gebäude, also das ist völlig illusionistisch. Jetzt hat es eh einmal diese Umweltverträglichkeitsprüfung gegeben, jetzt warten wir einmal auf die Einwendungen und das geht alles ordnungsgemäß ab, aber die Josef-Huber-Gasse bleibt natürlich als Unterführung ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt, der notwendig ist, damit Reininghaus funktioniert, damit der Autoverkehr genauso fließen kann wie der Öffi- und der Radverkehr, also hier bitte nicht eine einseitige grüne Illusion aufsetzen. Danke (*Appl.*).

StRⁱⁿ **Kahr:**

Die letzte Wortmeldung, sehr geehrte Damen und Herren, ist aber eigentlich genau der Grund, warum auch das Thema Griesplatz und Verkehrsberuhigung bis hin eben zu einer Straßenbahnlinie Südwest so lange in diesem Haus debattiert wird, weil auf der einen Seite sagt man immer, es braucht mehr öffentlichen Verkehr, bessere Anbindungen an die Außenbezirke, es braucht mehr Radwege von Westen nach Osten in die Innenstadt und wenn dann sozusagen es konkret wird, dann gibt es halt immer oft eine Seite in diesem Haus, die dann plötzlich sagt: „Nein, so möchten wir das nicht, wir möchten das anders“. Ich hoffe, und nichts anderes hat dieses Gemeinderatsstück jetzt zum Inhalt, dass wir erkannt haben, dass es gar nicht anders gehen kann, als dass diesen Weg, den wir jetzt gemeinsam nun doch hoffentlich verständigen, nämlich, dass es eine Südwestlinie braucht über den Griesplatz, dass wir eine Radweganbindung von Reininghaus in

die Innenstadt zum Griesplatz brauchen und dass es natürlich auch eine Lösung für die Regionalbusse am Griesplatz braucht, die ja auch gefunden wurde, die wir jetzt im Verkehrsausschuss auch in dem Jahr noch präsentieren werden, um eben den Griesplatz, auch schon bevor die nächsten Schritte gemacht werden, für die Bevölkerung dort menschenfreundlicher zu machen und genau da hoffe ich, dass nicht wieder dann am Ende sozusagen dann wieder eine Partei dann ausschert und plötzlich sagt: „Nein, das können wir uns nicht vorstellen“. Weil dann fangen wir wieder von vorne an, aber jetzt hat die Verkehrsplanung genau das zum Ziel, vom Gürtelturm- bis zum Griesplatz sich das Gebiet anzuschauen und auch wenn es eine Begleitstraße gibt, auf die man sich ja damals im Gemeinderat auch einstimmig verständigt hat, heißt es nicht automatisch, dass der motorisierte Individualverkehr in den Griesplatz geführt werden muss (*Appl.*).

Bgm. Mag. Nagl:

Danke vielmals. Ich habe zur Beginn dieser Periode mit dem Koalitionspartner in der Agenda 2022 auch festgehalten, dass wir drei Straßenbahnlinien schaffen wollen in einer Periode, etwas, wenn ich es so sagen darf, das nicht in allen Perioden wirklich umgesetzt werden konnte. Zwei Straßenbahnverlängerungen sind mittlerweile im Bau. An einer Ausweichstrecke arbeiten wir gerade und selbst die Südwest-Linie hat die Verkehrsreferentin, nachdem wir uns bei der Variantenuntersuchung auf dieses Führen über den Griesplatz geeinigt haben, weil sich ja der Griesplatz mittlerweile wunderbar entwickelt. Wenn Sie zum Griesplatz gehen und schauen, alle Häuser sind mittlerweile, ich glaube, das letzte ist jetzt gerade eingerüstet, alle Häuser sind schon restauriert von außen. Die Achse hinüber bis zum Karlauplatz, auch die Entwicklung der Anfragen, die wir schon haben Richtung Citypark, zeigt auf, dass das ein aufstrebender Bezirk ist. Die jetzt mit Reininghaus, wenn ich es so sagen darf, auch Parkanlagen etc. bekommen werden und wir haben, wie die Frau Stadträtin jetzt auch zu uns gekommen ist, gesagt, selbstverständlich, wir haben uns über die Variante über den Griesplatz

entschieden, es braucht jetzt die Planungsgelder, die haben wir sofort zur Verfügung gestellt und ich freue mich eigentlich, dass wir das heute hier beschließen werden (Appl.).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR HR DI Topf

8.28 Stk. 24) A10/5 – 053644/2020/-0002 Maßnahmenprogramm Grazer Stadtbaum 2020 – 2022; dieses Projekt wird vom Fachbeirat für Klimaschutz zur Förderung aus dem Klimaschutzfonds empfohlen; Projektgenehmigung über € 750.000

GR HR DI Topf:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hohe Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Es geht da um ein sehr wichtiges Stück aus meiner Sicht, aus unserer Sicht. Es geht um das Maßnahmenprogramm Grazer Stadtbaum 2020 – 2022, und was ich besonders betonen möchte, dieses Projekt wird vom Fachbeirat für Klimaschutz zur Förderung aus dem Klimaschutzfonds empfohlen. Die Projektgenehmigung geht dabei über 750.000 Euro. Kurz zur Einleitung. Im Hinblick auf den Klimawandel ist es ein wichtiges Ziel, einen vitalen Baumbestand aufzubauen und langfristig zu erhalten, nur ein richtig gesunder Baum kann dauerhaft seine Leistungen voll entfalten. Die wesentlichen Herausforderungen bei der Schaffung eines vitalen Baumbestandes in der Stadt Graz sind das geringe Platzangebot, die Versiegelung, heute schon angesprochen, der verdichtete Untergrund, die Versickerung von salzhaltigen Niederschlagswässern und die extremen klimatischen Bedingungen. Daraus resultiert die Notwendigkeit, die aktuellen technischen, organisatorischen und

insbesondere auch geriatrischen Maßnahmen im Zusammenhang mit Stadtbäumen entsprechend weiterzuentwickeln. Die Abteilung Grünraum und Gewässer hat dazu das vorliegende dreijährige Maßnahmenprogramm erarbeitet. Ziel ist es, gerade wegen der sich verschärfenden thematischen Bedingungen dem Stadtbaum zukünftig einen optimalen Lebensraum zu bieten. Die aufgelisteten Vorhaben, die ich dann überschriftsmäßig auch hier darlegen werde, legen eine wichtige Basis für die Umsetzung von etwa 800 Bäumen pro Jahr in Graz. Rein rechnerisch, und das ist ein wichtiger Gesichtspunkt, hat diese Strategie das Potenzial, etwa 1.000 Tonnen pro Jahr langfristig zu binden. Die Ausgangssituation darf ich noch einmal kurz anreißen, es geht also hier darum, dass wir ganz bewusst klar und zielgerichtet Bäume setzen wollen. In der Maßnahmenbeschreibung, die ich jetzt überschriftsmäßig auch anführen möchte, geht es insbesondere um die Weiterentwicklung des Stockholm-Systems, wir sagen auch Schwammstadtprinzip dazu, also es geht um die Weiterentwicklung von Bauweise und Planungstools zur Flächenanwendung dieses Systems. Dieses Stockholmprinzip wurde ja bereits angewandt, eben, wie wir wissen, ja in der Eggenberger Allee. Wir haben kürzlich auch in der Fußgängerzone mit diesem System Bäume setzen können. Es geht aber auch darum, das ist schon etwas in der wissenschaftlichen Sphäre, es geht auch um die Entwicklung von Baumsubstraten auf Pflanzenkohlebasis, das ist ein spannendes Projekt, das ist also tatsächlich ein Projekt, wo man sozusagen hier auf Pflanzenkohlebasis entsprechende Baumsubstrate für diese Stadtbäume, für diesen beengten Bereich mit dem Wurzelraum unter den versiegelten oder allenfalls versiegelten Flächen erreichen kann. Wir werden dann etwas, sozusagen in die Zukunft schauend, von einem Grazer Baumsubstrat sprechen können. Dann geht es auch darum, dass wir Methoden zu entwickeln haben zur Sanierung von Baumstandorten, das ist durchaus ein Thema, dem man sich tatsächlich annähern muss. Wir sehen leider da und dort Bäume, die sozusagen nicht zur vollen Entwicklung kommen, weil eben bestimmte Voraussetzungen, die ich jetzt schon vorher angesprochen habe, nicht gegeben sind. Neben den Baumneupflanzungen soll eben auch die optimale Entwicklung der bereits bestehenden Bäumen, ganz

ein wichtiger Punkt in unseren Alleen, in Graz stehen viele Bäume nach wie vor in zu kleinen Pflanzflächen, leiden unter Trockenheit, Salzbelastung und so weiter, und so weiter. Man wird also darüber nachdenken müssen, wie man diesen bestehenden Baumbestand, die bestehenden Baumstandorte entsprechend saniert und weiterentwickelt. Dann wird es auch, das ist der Punkt 4, ein Monitoring-Programm der Grazer Stadtbäume geben, wo wir sozusagen schauen, welche Bäume können sich im urbanen Bereich entsprechend entwickeln, als auch das ist ein wichtiger Punkt, den wir hier mit diesem Projekt begleiten wollen. Die Standard-Bautypen von Grazer Baumstandorten, das ist auch ein wichtiger Punkt, welche Bäume, welche Standard-Bautypen sind geeignet für den urbanen Bereich. Hier wird das Ziel dieser Entwicklung sein, von Standard-Bautypen von Grazer Baumstandorten, ist es in den relevanten Magistratsabteilungen schon angesprochen, Planerinnen und Planern und Interessierten anschauliche Darstellungen und Planunterlagen zur Verfügung zu stellen, die zur Qualitätssicherung dienen und allen Grazer Stadtbäumen ideale Entwicklungschancen geben. Dann komme ich noch einmal zurück auf dieses Forschungsprojekt, es geht um die Machbarkeitsstudie zur Errichtung einer Pflanzenkohleanlage auf Basis einer Pyrolyseanlage, ist ein spannendes Projekt, das sich sozusagen aus dem Forschungsbereich hier angeboten hat, dass man also ein Substrat entwickeln kann sozusagen aus holzartigen Abfällen, die wir dann durch den Pyrolysevorgang zu einem Substrat entwickeln können, das also auch den Baumstandorten zugutekommt. Schlussendlich geht es auch um die begleitende Öffentlichkeitsarbeit und selbstverständlich um Partizipation der betroffenen Bevölkerung, Stichwort: Baumscheibenpatenschaft. Es geht dann auch darum, dass wir natürlich eine externe Projektsteuerung beauftragen werden. Insgesamt wird hier, wie gesagt, ein Betrag von 750.000 Euro vorgesehen, ich darf daher den Antrag stellen, ich habe jetzt die ganzen Maßnahmen in einer Kurzfassung hier dargestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

öffentliche Gemeinderatssitzung vom 17. September 2020

1. Der vorliegende Bericht an den Gemeinderat wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Für den Betrag von € 750.000 zur Umsetzung des Maßnahmenprogrammes Grazer Stadtbaum 2020- 2022 wird die Projektgenehmigung, es gibt ein korrespondierendes Stück auch im Stadtsenat, erteilt.

Ich bitte um Annahme dieses sehr wichtigen Stücks (*Appl.*).

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Der vorliegende Bericht an den Gemeinderat wird zustimmend zur Kenntnis genommen.*
- 2. Für den Betrag von € 750.000 zur Umsetzung des Maßnahmenprogrammes Grazer Stadtbaum 2020- 2022 wird die Projektgenehmigung, es gibt ein korrespondierendes Stück auch im Stadtsenat, erteilt.*

Vorsitzwechsel – StR Dr. Riegler übernimmt den Vorsitz (14.42 Uhr).

GRⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe ZuhörerInnen und ZuschauerInnen im Livestream. Heute ist ein Freudentag für alle Grazerinnen und Grazer, denen unsere Stadtbäume ein großes Anliegen sind, es ist aber auch ein Freudentag für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt im Baumschutzreferat, in der Abteilung Grünraumplanung, bei der Holding Graz, die sich seit vielen Jahren darum bemühen, dass es den Bäumen in Graz besser geht. Es ist natürlich auch ein Freudentag für die Grazer Grünen und für mich, da ich sehr viele Initiativen in den letzten Jahren im Gemeinderat eingebracht haben, um die

Situation der Bäume in Graz zu verbessern. Dieses vorliegende Stück, mein Kollege Georg Topf hat es schon gesagt, hat einen sehr umfassenden Ansatz, es wird darum gehen, einerseits neue Standorte zu finden, andererseits auch die bestehenden Bäume, und es freut mich persönlich sehr, ihnen bessere Bedingungen zu bieten, damit sie einfach größer und älter werden können. Was mir aber fehlt, was uns fehlt, ist ein Punkt, den ich schon im Juli Gemeinderat eingebracht haben, dass es nämlich über diese Maßnahmen heraus einen ganz grundsätzlichen Zugang braucht zu unseren Baumpflanzungen, zu neuen Standorten und es fängt schon an bei den Ausschreibungen, weil wenn ich in eine Ausschreibung nicht hineinschreibe, was ich genau will, um Bäume zu schützen und ihnen mehr Qualität zu bieten, dann wird das leider nichts werden. Ja, deshalb komme ich zu meinem Zusatzantrag, der Ihnen auch vorliegt, das geht es eben einerseits um die frühzeitige Berücksichtigung von Baumschutzerfordernissen, andererseits um die Erarbeitung von Vorschlägen bei künftigen Straßensanierungs- und Neubauprojekten. Es geht um die Aufnahme von Leistungspositionen bei künftigen Ausschreibungen von Straßensanierungen und um die Durchführung von Schulungen für MitarbeiterInnen der Stadt Graz und ich bitte um Annahme (Appl.).

Originaltext des Zusatzantrages:

Im Grazer vom 6. September 2020 wurde das „Maßnahmenprogramm Grazer Stadtbaum 2020-2022“ angekündigt, das nunmehr auch im Gemeinderat zur Beschlussfassung vorliegt. Es soll die Basis für die Umsetzung von etwa 800 Baumpflanzungen pro Jahr in Graz bilden.

Es ist höchst erfreulich, dass der hohe Wert von Stadtbäumen nunmehr stärker in den Fokus der zuständigen Grazer Politik rückt! In zahlreichen Gemeinderatsinitiativen habe ich in den letzten Jahren auf die vielfältigen Leistungen von Bäumen für eine bessere Luft, das Stadtklima, die

Aufenthaltsqualität von Menschen, die städtische Tierwelt u.v.m., aber auch auf die Probleme unserer Stadtbäume hingewiesen, zuletzt mit meinem Dringlichen Antrag „Bestehende Alleeen erhalten – neue Alleeen pflanzen“ im Juli-Gemeinderat dieses Jahres. Leider wurde dieser dringliche Antrag von VP und FP abgelehnt.

Die Vorschläge in diesem dringlichen Antrag sind auf Basis mehrerer Interviews mit ExpertInnen entstanden und identifizieren wichtige Themen, die das „Maßnahmenprogramm Grazer Stadtbaum 2020-2022“ um weitere wichtige Aspekte ergänzen und zu dessen Erfolg beitragen werden.

Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

Zusatzantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen, das Gemeinderatsstück zum städtische Maßnahmenprogramm um folgende Maßnahmen zu ergänzen:

- 1.) Frühzeitige Berücksichtigung von Baumschutzerfordernissen im Zuge von Bauverfahren, um Baumentfernungen und baumnahe Grabungen zu vermeiden*
- 2.) Erarbeitung von Vorschlägen durch die Abteilung Grünraum und Gewässer, wie bei künftigen Straßensanierungs- und –neubauprojekten im Standortbereich von Bäumen folgende Erfordernisse verbindlich vorgegeben werden können:*
 - a. eine Optimierung von unterirdischen Einbauten*
 - b. Baumwurzelsondierungen vor dem Beginn bzw. vor der Ausschreibung von Baumaßnahmen*
 - c. die Verlegung von Leitungen in Kollektoren*
 - d. grabenlose Bauausführungen im Zuge von Leitungsverlegungen im Standortbereich wertvoller Bäume*

3.) Aufnahme folgender Leistungspositionen bei künftigen Ausschreibungen von Straßensanierungs- und Straßenneubauprojekten im Standortbereich von Bäumen

- a. Baumwurzelsondierungen vor Beginn von Baumaßnahmen*
- b. durchwurzelungssichere Leitungsausführungen*
- c. die Verlegung von Leitungen in Kollektoren*
- d. grabenlose Bauausführungen im Zuge von Leitungsarbeiten im Standortbereich wertvoller Bäume*

4.) Durchführung von Schulungen für MitarbeiterInnen der Verkehrsplanung, des Straßenamtes und der Holding Graz Stadtraum hinsichtlich gebrauchsfähiger Straßenzonierungen sowie baumerhaltender Straßensanierungen, Straßenneuplanungen und Straßenneubauten.

StRⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Ich möchte mich auch bedanken und begrüße diese Initiative, wie Sie sich vorstellen können, als Umweltstadträtin und wie meine Kollegin Andrea Pavlovec-Meixner schon kurz ausgeführt hat, es zeigt sich, dass sich dann Hartnäckigkeit lohnt, dass wir Grünen immer drangeblieben sind und nicht nur einmal versucht haben, da uns einzusetzen für mehr Bäume, für mehr Grünraum, endlich ist es so weit, dass da ein bisschen was weitergeht. Die Stadt ist in den letzten Jahren viel zu sehr asphaltiert worden, zubetoniert und hat zu wenig Lebensraum nicht nur für uns geschaffen, sondern auch für andere Lebewesen, nämlich Tiere. Wir wissen alle, dass die Biodiversität in Zeiten der Klimakrise gefährdet ist, jeder Baum ist Lebensraum und auch Klimaanlage, er kühlt in Zeiten wie diesen, wo die Sommer unberechenbar werden und Hitzetage, dann wieder Starkregen und sonstige Ereignissen folgen und es ist so wichtig, dass wir jetzt flächendeckend vorgehen und die Stadt begrünen. Ich hoffe, das ist der erste Schritt und es folgen weitere, über das Umweltamt können wir zumindest Privatpersonen unterstützen, wenn sie in ihren Gärten Bäume setzen wollen, das ist auch eine wichtige Maßnahme der

Stadt und ich bin zuversichtlich, dass wir es gemeinsam schaffen, sie viel mehr zu begrünen als sie bisher ist. Danke (*Appl.*).

GR DI Sickl:

Werte Kollegen, werte Damen und Herren. Sie tun so, als wenn wir in einer Betonwüste leben. Bitte, das letzte Mal habe ich schon gesagt, schauen wir uns Graz von oben an, schauen wir an, wie grün Graz ist. Hier wird ein wichtiger Schritt getan, alle entsprechenden Abteilungen haben den Auftrag, hier klimafreundlich und auch damit baumfreundlich zu arbeiten und tun dies auch, aber bitte schauen wir uns an, wo wir leben, schauen wir uns an, in welcher grüner und schöner Stadt wir leben und vermiesen Sie diesen nicht durch Ihre Betonwüsten-Gerede. Wir leben in einer schönen Stadt, sind wir doch stolz darauf. Danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ Potzinger:

Geschätzte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Jeder Baum ist ein Zeichen des Lebens in unserer Stadt und das gibt mir Gelegenheit, noch einmal daran zu erinnern und auch unserem Familienstadtrat dafür zu danken für die Aktion „ein Baum für jedes Neugeborene“. Die Stadt Graz schenkt jeder Familie für ihr neugeborenes Kind einen Baum, den sie selber pflanzen kann oder den die Stadt für sie pflanzt. Das sind immerhin über 3.000 Bäume. Vielen Dank dafür, und ich glaube, das ist ein weiteres Zeichen dafür, wie wichtig uns Bäume in der Stadt sind (*Appl.*).

StR Dr. Riegler:

Ja, und ich darf da gleich ergänzen, dass ja sehr viele Städte mittlerweile bereits diese Idee, ein Baum pro Neugeborenem, übernommen haben, also ich glaube, wir sind alle miteinander daran interessiert, die Stadt Graz so schön wie sie jetzt ist,

noch schöner zu machen, noch lebenswerter zu machen. Ich glaube, das ist unser gemeinsames Interesse (*Appl.*).

GR HR DI Topf:

Danke für die breite Zustimmung. Ich werde jetzt begründen, wieso wir dem Zusatzantrag nicht zustimmen werden. Es geht darum, dass in diesem Zusatz detaillierte Maßnahmen vorgesehen sind, die ohnedies durch die entsprechenden Abteilungen bereits, jedenfalls in allen Ausschreibungen, in allen Umsetzungsschritten, wahrgenommen werden, also es geht hier darum, dass man aufpasst, wenn man Leitungen verlegt, es geht darum, dass man für Wurzeln sichere Leitungsausfugungen macht. Na selbstverständlich, diese Maßnahmen werden sowohl von der Abteilung Grünraum als auch natürlich von den Abteilungen, die mit dem Straßenbau, wenn ich das so sagen darf, zu tun haben, aber auch im privaten Bereich werden diese Baumschutzerfordernisse ja ohnedies Tag für Tag umgesetzt und wahrgenommen. Diesem Zusatzantrag werden wir nicht zustimmen (*Appl.*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen Grüne, KPÖ, SPÖ, Neos) abgelehnt.

StR Dr. Riegler:

Ich darf den Herrn Gemeinderat Topf dann gleich einladen, sozusagen als „Mister Bebauungsplan“ dieses Gemeinderates gleich weiter an Bord zu bleiben. Er eilt schon zu seinem Platz, denn das nächste Stück, das Herr Gemeinderat Topf vorstellen wird, ist der Bebauungsplan 03.24.0, Bebauungsplan Hochsteingasse – Grabenstraße im 3. Bezirk, KG Geidorf. Ich freue mich, dass Herr Topf nun

mittlerweile bereits die Unterlagen zur Hand hat und darf ihn nun um seinen Bericht bitten.

Berichterstatter: GR HR DI Topf

8.29 Stk. 26) A14 – 001699/2018/0040

**03.24.0 Bebauungsplan
„Hochsteingasse – Grabenstraße“, III.
Bez., KG Geidorf,
Beschluss**

GR HR DI Topf:

Sehr geehrter Vorsitzender, werte Kolleginnen und Kollegen. Es geht um einen äußerst wichtigen Bebauungsplan, wenn ich das so ein bisschen unterstreichen darf. Es geht um den 03.24.0 Bebauungsplan Hochsteingasse – Grabenstraße im Bereich der Wirtschaftskammer, im Bezirk Geidorf. Ich möchte aber eingangs, bevor ich jetzt ins Detail gehe, diesen umfassenden Planungsprozess, diesen wirklich umfassenden Planungsprozess herausstreichen und einen ausdrücklichen Dank an alle Abteilungen, sowohl auch an den Bebauungsplanwerber als auch an alle Abteilungen aussprechen, bis hin zum Amt der Steiermärkischen Landesregierung, die ja wesentlichen Input für den Mobilitätsvertrag auch geliefert hat. Wenn man sich das Stück anschaut: sehr umfangreich, ein Stück, das insbesondere auch getragen wird von einem sehr eingehenden, sehr ausgeklügelten, wenn ich das so sagen darf, Mobilitätsvertrag. Nun zur Ausgangslage: Im Zuge der Weiterentwicklung des Standortes der Wirtschaftskammer erfolgte die Erstellung eines Bebauungsplanes, Bereich Hochsteingasse – Grabenstraße. Derzeit sind die grundbücherlichen Eigentümer der Liegenschaften, die Kammer der Gewerblichen Wirtschaft und die Sozialversicherungsanstalt der Gewerblichen Wirtschaft der Selbstständigen. Zur Umsetzung einer attraktiven Gehwegverbindung im Bereich der südöstlichen Grenze wurde das Planungsgebiet geringfügig in den Bereich des

Aufschließungsgebietes Punkt 3, Punkt 05, erweitert. Das ist das Grundstück, das mit der Nummer 770 und 767 in der KG Geidorf hier anschließt. Gemäß 4.0 Flächenwidmungsplan der Landeshauptstadt Graz ist der Bereich entlang der Hochsteingasse in Kerngebiet, Einkaufszentrum Ausschluss, Aufschließungsgebiet mit einer Bebauungsdichte von 0,6 bis 1,5, bzw. im zentralen Bereich und einem schmalen Streifen entlang der Körblergasse als Kerngebiet mit einer Bebauungsdichte von 0,8 bis 2,0 ausgewiesen. Gemäß Deckplan, und das ist klar, zum 4.0 Flächenwidmungsplan ist für die geordnete Siedlungsentwicklung die Erstellung eines Bebauungsplanes erforderlich. In diesem Bebauungsplan geht es darum, das möchte ich schon betonen, dass hier Räumlichkeiten geschaffen werden, zusätzlich zu den bereits bestehenden Bereichen der Wirtschaftskammer und der Sozialversicherungsanstalt der Gewerblichen Wirtschaft, die insbesondere auch als „Centre of Excellence“ bezeichnet werden, also hier geht es im Wesentlichen darum, dass Räumlichkeiten und Möglichkeiten geschaffen werden für eine Weiterbildung, für eine Qualifikation, für eine Ausbildung, für viele Schritte, die gerade in Zeiten wie diesen wichtig und begrüßenswert sind. Das heißt mit anderen Worten, hier geht es nicht darum, hier möglichst große Räume allenfalls für, wenn ich das etwas salopp sagen darf, für Funktionäre zu bilden, sondern hier geht es im Wesentlichen auch darum, z.B. auch Räume für Werkstätten usw. zur Verfügung zu stellen, um eben dieses entsprechende Ausbildung-, Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogramm der Wirtschaftskammer voranzutreiben. Ein wesentlicher Punkt, und das ist eigentlich der Punkt, der maßgebend im Planungs- und Verkehrsausschuss diskutiert wurde, im Wesentlichen geht es auch um eine verkehrliche Situation dort, die im Detail zu betrachten ist. Ich darf ein paar Stichworte aus dem Mobilitätsvertrag doch auch in den Bebauungsplan sozusagen hier einbringen, oder in der Vorstellung des Bebauungsplanes einbringen. Hier geht es darum, dass man von Norden kommend jetzt über den Linksabbieger sehr schnell direkt ins Gebiet der Wirtschaftskammer einfahren kann, es geht auch darum, dass wir die Anbindung des öffentlichen Verkehrs hier bewerkstelligen wollen, hier geht es darum, dass wir Grünflächen

oder Entsiegelungsflächen hier schaffen oder Flächen, die entsiegelt werden, indem man entsprechende Tiefgaragen baut. Ein wesentlicher Punkt, und das möchte ich schon betonen, sind natürlich auch die Befürchtungen der Bewohnerinnen und Bewohner in der Körblergasse. Es ist Ihnen ja ohnedies bekannt, dass es hier eine Bürgerinitiative gegeben hat oder noch immer gibt, die ganz genau uns darauf aufmerksam gemacht hat, bitte schauen wir, dass wir durch möglichst gute Verkehrsanbindungen eine Mehrbelastung der Körbergasse hintanhalt. Das ist ein wesentlicher Punkt, es ist auch moniert worden, darauf zu achten, die Durchbindung über das Gebiet oder über den Bereich der Wirtschaftskammer, nämlich aus der Grabenstraße/Bergmannngasse über die Wirtschaftskammer in die Körblergasse zu unterbinden, das ist auch gestern ein wesentlicher Punkt gewesen, der angesprochen wurde, um eben die verkehrliche Situation in der Körblergasse bis hin zur Humboldtstraße hier nicht zu verschärfen. Das sind Punkte, die hier gestern ausführlich auch besprochen wurden, auch ausgiebig mit den zuständigen Bearbeitern aus der Verkehrsplanung, der eher wesentlichen, in Absprache mit dem Amt der Steiermärkischen Landesregierung und mit dem Bauwerber, die hier das Verkehrskonzept bzw. das Mobilitätskonzept erstellt haben. Ich darf hier noch einmal darauf hinweisen, dass die meisten Einwendungen sich in diesem Bereich bewegt haben, also es ist darum gegangen, möglichst sozusagen schnell und durchaus die Umwelt wenig belastend in das hochrangige Verkehrsnetz, was einen Individualverkehr betrifft, zu kommen, aber andererseits wurde auch in der Hochsteingasse eine Möglichkeit geschaffen, eine Buslinie zusätzlich hinzuführen jetzt zusätzlich zum 39er, der sozusagen aus dem Bereich des Südens/des Südwestens die Wirtschaftskammer anfährt. Es wird dann auch eine entsprechende Busverbindung auch aus dem Osten, aus dem Bahnhofbereich geben, eine eigene Umkehrschleife wird es in der Hochsteingasse geben. Moniert wurde ja auch, dass diese gemeinsame Zusammenführung der Buslinien in einer Umkehrschleife hier offensichtlich nicht möglich war. Das ist auch gestern intensiv besprochen worden. Ich denke aber doch, dass die Anbindung an den ÖV hier gut gelungen ist. Ein wesentlicher Punkt ist, dass man

sehr rasch und ohne Belastung der Umgebung in den Wirtschaftskammerbereich, in das Gebiet, einfahren kann. Die Tiefgarage bringt uns zusätzliche Parkplätze in die Tiefe, wenn ich das so sagen darf, und damit das auch möglich ist, weite Teile des Bereiches zu entsiegeln bzw. die Bebauung durch entsprechende Entsiegelung auch auszugleichen. Ich bitte um Annahme dieses Stückes und darf nun den Antragstext vorlesen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

den 03.24.0 Bebauungsplan Hochsteingasse – Grabenstraße, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht und die Einwendungserledigung zu beschließen, wie gesagt, der Mobilitätsvertrag ist bereits behandelt worden, ist so von meiner Seite jetzt mitbehandelt worden in der detaillierten Befassung der Einwendungen und ich bitte um Annahme dieses Stückes. Dankeschön.

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Vorstehender Bericht wird genehmigt.*
- 2. Dem in Beilage befindlichen Mobilitätsvertrag, der einen integrierenden Bestandteil des gegenständlichen Berichtes bildet, wird die Zustimmung erteilt.*
- 3. Dem in Beilage befindlichen Vertrag des Landes Steiermark, der einen integrierenden Bestandteil des gegenständlichen Berichtes bildet, wird die Zustimmung erteilt.*

GR Mag. (FH) **Muhr:**

Sehr geehrter Vorsitzender, werte Mitglieder der Stadtregierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseher im Livestream. Wir von der SPÖ stehen natürlich selbstverständlich einer Ausbildungs- und Weiterbildungsstätte positiv gegenüber und das ist auch der Grund, warum wir diesem Bebauungsplan unsere Zustimmung geben werden, weil wir brauchen in diesem Hause, glaube ich, nicht diskutieren, wie wichtig es ist, fit für die Zukunft zu bleiben über die Schiene der Aus- und Weiterbildung, aber, und jetzt kommt das große Aber, und du hast es auch erwähnt, es ist auch bei AnrainerInnen ein großes Thema gewesen, das ist das Thema Verkehr. Der Mobilitätsvertrag, der leider jetzt nicht diskutiert werden konnte, aber ich nutze jetzt natürlich die Chance, das im Zuge des Bebauungsplanes zu machen, den haben wir abgelehnt, weil der für uns zu wenig weit geht und wir uns auch irgendwie in die Vergangenheit zurückversetzt sehen, weil ja doch sehr stark auf den mobilen Individualverkehr, also sprich: auf das Auto, abzielt, man baut eine Landesstraße und man ermöglicht die Zufahrt über die Körblergasse, also das sind alles Dinge, die wir sehr negativ halten und dort kommt es natürlich auch zu starken Verkehrsbelastungen, weil diese Ausbildungsstätte natürlich von allen Steierinnen und Steirern benutzt wird und die natürlich mit dem Auto anreisen werden. Sehr positiv sind natürlich die Radverbindungen, die dort entstehen werden, aber die wenigsten der Auszubildenden werden mit dem Rad anreisen. Also wir haben da wirklich Bedenken, was das für die Menschen in den Bezirken Andritz, Geidorf und natürlich auch in den angrenzenden Bezirken bedeutet, die allesamt ohnehin schon mit dem Verkehr überlastet sind und jetzt kommt noch eine weitere Verkehrswelle auf sie zu. Es ist ein riesiges Projekt, dieser Bebauungsplan, und es sind auch riesige Herausforderungen und natürlich braucht man dazu auch große, große Lösungen und mehr Anstrengungen für Verkehrslösungen. Also nur Haltestellen von einer Buslinie zu versetzen und eine Linie zu verlängern, ist zu wenig und dann gibt es angedachte Shuttle-Linien, die weder vereinbart sind noch irgendwie fixiert sind, wo es unklar ist, ob die in Zukunft überhaupt installiert

werden. Darüber hinaus gäbe es vielleicht noch andere Möglichkeiten, den Autoverkehr auch an den Stadtgrenzen abzufangen, z.B. hätten wir unsere Parkhausleiche in Fölling oder Weinzödl als Park & Ride, dann hat man einen Shuttlebus, man hat nicht nur einzelne Autos ...

Zwischenruf GR Ing. Lohr: unverständlich.

GR Mag. (FH) **Muhr:**

... Kollege Lohr, das ist klar, aber wenn in einem Bus mehrere Leute drinnen sitzen, dann ist natürlich weniger Verkehr.

Diese Dinge wurden überhaupt nicht irgendwie berücksichtigt, auch unsere S-Bahnen, die wir hier in Graz schon teilweise in Betrieb haben, könnten an Shuttlebusse angebunden werden, also das fehlt uns allen und darüber hinaus möchte ich auch noch anmerken, dass z.B. die Beschäftigten der Stadt Graz keine Privatparkplätze zur Verfügung gestellt bekommen. Das mit dem Jobticket ist natürlich im Mobilitätsvertrag geregelt, ist auch eine gute Sache, aber man sollte so weit gehen, dass alle Grazerinnen und Grazer, die bei der Wirtschaftskammer beschäftigt sind, keinen Parkplatz zur Verfügung gestellt bekommen, sondern ein Jobticket, damit hier auch ein Umstieg möglich ist. Und, wie gesagt, für uns ist der Verkehr ein sehr großes Problem in diesem Zusammenhang, aber der Bebauungsplan ist uns trotzdem wichtig, weil der Grazer Standort als Bildungs- und Weiterbildungszentrum für uns wichtig ist und deswegen werden wir diesem Bebauungsplan zustimmen, aber der Mobilitätsvertrag ist aus unserer Sicht sehr kritisch zu sehen. Danke (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (15.03 Uhr).

GR Sikora:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Grazer Gemeinderates, werte Stadtregierung. Es ist leider der Kollege Egger nicht da, aber die Daniela Gmeinbauer, die ja auch in der Wirtschafts- und Handelskammer tätig ist, wird sich insofern freuen, wenn ich jetzt sage, die kommunistische Partei Graz steht zu 100 % hinter diesem Wirtschaftsfaktor Handelskammer und Wirtschaftskammer. Wir sind sehr erfreut nach den Meldungen im Sommer, wo es ja Verhandlungen gab, bezüglich diverser Abtretungen, dass es dann doch zu einer Einigung gekommen ist, dass dann der Standort gesichert wurde und auch die vielen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen an der Wirtschafts- und Handelskammer ihren Standort in Graz weiterhin innehaben können. Ich bin ja Exekutivbeamter und habe Musik studiert in meiner Jugendzeit, habe nie die Gelegenheit gehabt arbeiten zu können, das heißt, ich war immer nur, heißt nur, ich habe Musik studiert und bin dann in den Exekutivbereich übergetreten und ich habe das Vergnügen gehabt ich habe einen befreundeten Lehrer, der nicht nur an der Karl-Franzens-Uni unterrichtet, sondern auch an der Wirtschafts- und Handelskammer unterrichtet, hatte die Gelegenheit einmal, als Neuling sozusagen, eine Führung zu bekommen und die Leistung nicht nur der Vortragenden und dort Beschäftigten, sondern auch die Leistung der Jugendlichen und auch der Erwachsenen, die dort dieses wirklich hervorragende Bildungsangebot annehmen, kennenlernen zu dürfen. Umso wichtiger, wie gesagt, für mich dieser Standort, dass dieser gesichert ist, dass er auch weiterhin in Graz bleibt. Zum Bebauungsplan selbst: Der Bebauungsplan ist unseres Erachtens sehr positiv, nicht nur das Rendering hat das ja gezeigt, das ist diesmal wirklich architektonisch wertvoll, dass es wirklich erstklassige Bauweisen und Bautätigkeiten geben wird. Er hat auch gezeigt, dass es, wenn man es jetzt vergleicht, wir haben da jetzt z.B. nur Oberflächen-Parkplätze, rund 650. Diese werden ja in Zukunft entsiegelt und teilweise auch begrünt und unterirdisch verlegt. Wir haben schon angesprochen die Öffi-Anbindung, auch die Durchwegung, die ganzjährige. Das wurde uns gestern auch versichert, dass sie auch Tag und Nacht offen bleibt, sprich Geh- und Radweg, wie gesagt, sind positive

Kriterien, wo man sagen kann, man müsste diesem Bauplan zustimmen. Wir haben jedoch gestern dann im Klub, nachdem wir vorbehaltlich der Klubmeinung gestern im Ausschuss zugestimmt haben, noch einmal diskutiert und wir sind dann aber doch zur Meinung gekommen, dass eine Verdopplung der Tiefgaragenplätze von 650 auf rund 1.100, also fast Verdoppelung, den Verkehr massiv anziehen würde und dann den Bedenken der Anrainerinnen und Anrainer sehr wohl gerecht wird. Wenn diese Parkplätze nicht verdoppelt werden würden, würde es wahrscheinlich auch den Effekt haben, dass dann andere, also wenn diese 650, die es jetzt gibt schon, voll sind und die anderen, die jetzt mit den Öffis anreisen, da würde sich vielleicht der eine oder andere dann doch überlegen „Nein, ich fahre vielleicht doch mit dem Auto, weil ich habe ein genügendes Angebot an Parkplätzen“, und da sind wir eben zur Meinung gekommen, dass wir diesem Stück jetzt doch nicht zustimmen werden, weil vor allem die Anrainerinnen und Anrainer der Hochsteingasse in großer Besorgnis auch waren, dass dieser Verkehr sich verdoppeln wird und die Belastung extrem sein wird in Zukunft, also das ist der Grund, warum wir jetzt nicht zustimmen werden, aber, wie gesagt, noch einmal eindeutig, wir stehen zum Standort Graz Handelskammer und Wirtschaftskammer und, wie gesagt, es freut mich, dass der Bebauungsplan sehr wahrscheinlich trotzdem seine Mehrheit finden wird, wenn man so die Vorredner gehört hat, aber trotzdem, vielleicht kann man ja das noch nachverhandeln, lieber Herr Kollege Lohr. Wenn man vielleicht dann doch zurückkommen könnte auf die 650 Parkplätze, dass man das belässt, dann könnten auch wir unsere Zustimmung dazu geben. Danke vielmals (*Appl.*).

GRⁱⁿ Ussner:

Ich möchte jetzt im Namen der Grünen Fraktion kurz die verkehrspolitischen Entscheidungen in diesem Stück ein bisschen aufgreifen, warum wir weder dem Mobilitätsvertrag zustimmen noch dem Bebauungsplan. Das wäre erstens einmal die Geschichte mit den Bushaltestellen, die jetzt eh schon aufgegriffen worden ist.

Es führen jetzt zwei Linien hin, die bleiben aber an unterschiedlichen Orten stehen, mehrere Hundert Meter weit entfernt. Das ist natürlich jetzt nicht sehr attraktiv für eine Person, die hier mit den Öffis auch hinfahren will, im Gegensatz wird für den KFZ-Verkehr die Infrastruktur schon sehr angenehm ausgebaut, und so erzeugt man dann halt wieder die Effekte, dass Leute, die sich entscheiden wollen würden, dann natürlich eher mit dem Auto hinfahren; was das für die umliegende Bevölkerung dann bedeutet, dazu komme ich später noch. Zu der Frage, wieso diese Entscheidung so getroffen wurde, dass man es hier nicht schafft, eine zentrale Busendhaltestelle einzustellen, wurde uns gestern im Verkehrsausschuss zuerst gesagt, das war von der WKO so nicht gewünscht und dann bekamen wir noch eine Erklärung, dass man sich das genau angeschaut hätte und dann zu dem Schluss gekommen ist, das wäre nicht notwendig. Das möchte ich jetzt einmal so stehen lassen. Der zweite Punkt war, das ist ja ein größeres Gelände, wie wir ja alle wissen, wäre die Diskussion um die Durchwegungen. Es wird ja Durchwegungen durch dieses Gelände, und wir haben dann auch die Frage stellt, ob das für andere Menschen unter der Woche nach 22.00 Uhr oder am Wochenende auch zugänglich sein wird. Für Anrainer/Anrainerinnen, die jetzt, sagen wir einen, diesen Komplex vor die Haustüre gesetzt bekommen und diese Durchwegungen werden nicht andere Personen zugänglich sein, also auch nicht für Anrainer/Anrainerinnen, die jetzt mit einer massiven Mehrbelastung zu rechnen haben. Die können das dann nicht einmal als eventuelle Abkürzung nutzen. Das ist für uns schon auch ein Punkt, und jetzt zu zwei Punkten, bei denen ich die Position von der SPÖ auch nicht ganz verstehe, muss ich ehrlich sagen, wieso man dann einem Bebauungsplan zustimmt, einem Mobilitätsvertrag aber nicht, weil das sind zwei massive Verkehrspolitische Entscheidungen, die im Bebauungsplan aber so festgehalten sind bzw. im Nachhinein nochmal geändert wurden. Das ist einerseits der Stellplatzschlüssel, der eine bestimmte Beschränkung an PKW-Stellplätzen vorgibt. Zuerst ist darin gestanden, es ist für Neu- und Zubauten und Umbauten ein Stellplatzschlüssel vorgeschrieben. Beim Punkt Umbauten wurde das wieder herausgestrichen. Also bei einem Projekt, bei dem die Anwohner und

Anwohnerinnen sowieso schon mit einer massiven Verkehrsbelastung zu kämpfen haben, wurde in einer Überarbeitung noch einmal abgeschwächt. Das ist ein zentraler Punkt für uns, warum wir dem auch nicht zustimmen können. Und zum vierten Punkt, der betrifft jetzt nämlich auch die sehr aktive Bürger- und Bürgerinneninitiative in der Körblergasse, von der auch schon die Rede war, nämlich die Erschließung zu den Tiefgaragen über die Körblergasse, und da war auf Seite 64 in der Verordnung bei Paragraph 7, die Nummer 8, folgender Satz zuerst noch drinnen: „Die überwiegende Erschließung zu den Tiefgaragen der Bauplätze 1 und 2, über die Zu- und Abfahrt der Tiefgarage am Bauplatz 3, in der Körblergasse ist nicht zu zulässig.“ Das wurde auch wieder herausgestrichen im Nachhinein, und das ist schon ein bisschen ein Schlag ins Gesicht der Leute, die in der Körblergasse wohnen, sich hier wirklich lange schon engagieren, um die massivsten Verkehrsbelastungen in ihrer Nachbarschaft zu vermeiden bzw. da wirklich dagegen gekämpft haben, und dass man das nochmal herausstreicht, das geht für uns gar nicht, weil da hätte man zumindest diesen Satz drinnen lassen können.
Danke (*Appl.*).

GR Dreisiebner:

Sehr geehrte Damen und Herren, an den PCs und Laptops, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich ja im Grunde ein ganz großer Fan der Bebauungsplanpflicht und der Durchführung von Bebauungsplänen, weil sie das öffentliche Interesse und das subjektive Interesse eines Bauwerbers, eines Bauherrn, egal, um wen es sich dabei handelt, um ein Wohnbauprojekt, um ein Gewerbeprojekt, oder wie hier um ein, und das sei dazugesagt, wichtiges, standortsicherndes Projekt der Wirtschaftskammer bzw. des Wifis. Dieser Ausgleich des öffentlichen Interesses mit den Wünschen und subjektiven Bedürfnissen von Bauherren, nenne ich es jetzt einfach einmal, das ist eigentlich der Unterschied zum normalen Bauverfahren und wo man immer wieder sehr gute Ergebnisse zusammenbringen. Dieser Bebauungsplan ist etwas, wo es von der Auflage vor zehn Monaten bis jetzt zum

Beschlussstück eigentlich zu Verschlechterungen gekommen ist, zu einer Nichthörung und dem Nichtnachkommen sehr vieler Bürgereinwendungen, die fachlich auch wirklich sehr zu schätzen waren. Es ist vieles ausgeführt worden, da ist die Verkehrssituation, da ist die Möglichkeit der Durchwegung, da ist der öffentliche Verkehr und vieles andere mehr, ich möchte das jetzt nicht mehr noch einmal aufrollen, aber diese Entscheidung, die meines Erachtens sicher auf der politischen Ebene und nicht auf der BeamtInnenebene und auf der Fachebene gefallen ist, die für mich, und wahrscheinlich nicht nur für mich, sehr, sehr enttäuschend, weil es ja in Graz wirklich den Bedarf gibt und den großen Wunsch vieler Menschen gibt, dass man in Zeiten, wo eine Stadt sehr stark wächst, wo es auch wichtig ist, dass Standorte wie die Wirtschaftskammer am Ort weiterentwickelt werden können, dass das auch so gestaltet wird, dass es für die Umgebung einen Mehrwert bedeutet. Diesen Mehrwert können wir bei diesem Bebauungsplan und auch beim Mobilitätsvertrag leider nicht erkennen. Das wäre eine große Chance gewesen, hier auch für das Umfeld Verbesserungen zu treffen und keinen Zentimeter weniger Möglichkeiten für den Bauherrn, für den Bauwerber hätte das bedeutet, und das ist eigentlich sehr sehr traurig. Dass es hier nach zehn Monaten Auflage und gestern ungefähr um die Zeit bei einem Ausschuss dann bei einzelnen Parteien sehr kurzfristige Stimmungsschwankungen gibt, wenn ich das jetzt so formulieren darf, das mögen sich die Damen und Herren zuhause bzw. auch die Betroffenen selber noch einmal überlegen, weil wenn ein Projekt so lange dasteht und auch schon sehr lange bekannt ist, wie es aussieht oder ausschauen wird, in welche Richtung es geht, und dann es zu quasi Letzte-Sekunden-Entscheidungen und Umentscheidungen gibt, dann ist das für mich auch kein Nachweis der Qualität dessen, was wir hier zu leisten hätten. Ich finde es schade, dass wir hier diese Chance nicht wahrnehmen, einen, auch für Geidorf, für das nähere und weitere Umfeld positiven Bebauungsplan zu beschließen und deswegen werden wir natürlich nicht zustimmen, freuen uns aber natürlich, dass die WKO am Platz in der Stadt am Standort eine weitere Entwicklungsmöglichkeit hat, das ist ganz, ganz wichtig. Danke (*Appl.*).

GR Topf:

Sehr geehrter Vorsitzender. Eine kurze Replik zu dem, was hier von der verkehrlichen Seite hier intensivst angesprochen wurde. Es ist ja so, dass wir gestern noch einmal ausdrücklich und ausführlich darüber gesprochen haben, inwieweit man sozusagen die Mehrbelastung der Körblergasse durch entsprechende Maßnahmen, die in Zukunft noch zu überlegen sein werden, entschärfen kann, gestern auch noch einmal ausdrücklich darüber gesprochen worden, und das ist für mich ein wesentlicher Punkt, der Herr Abteilungsvorstand Inninger hat das wesentlich angesprochen, weil er ja mit dem Kollegen Feigl, natürlich immer wieder im Kontakt mit der Bürgerinitiative war, das ist gestern ein wesentlicher Diskussionspunkt gewesen. Wichtig ist, dass man die Durchfahrung, sage ich, des Wirtschaftskammerbereiches hier unterbindet, indem man wirklich sozusagen den Schleichweg Bergmannsgasse/Grabenstraße über die Wirtschaftskammer in die Körblergasse unterbindet, das ist ja ein wesentlicher Punkt, der auch gestern vom Referenten der Verkehrsplanung und auch von der Stadträtin angesprochen wurde. Hier wird es eine Durchfahrung nicht geben. Es ist auch noch einmal angesprochen worden, wie kann man die Tiefgaragenzu- und -abfahren so gestalten, so steuern, dass eben doch mehrheitlich im überwiegenden Teil das hochrangige Straßennetz beaufschlagt wird; auch das ist ein wesentlicher Punkt, der gestern angesprochen wurde und ich sehe kein großes Problem, jetzt spreche ich es offen aus, dass wir hier zwei Umkehrschleifen für ÖV haben. Wir werden dort mit dem 39er den Bereich sozusagen zum Campus hin neu gestalten, das ist also gestern auch ausdrücklich angesprochen worden und es ist halt dann auf der Nordseite eine zweite Anbindungsmöglichkeit für zwei Buslinien mit Shuttlebetrieb. Das ist noch auszudiskutieren, das muss ich offen sagen, aber ich denke, dass die ÖV-Anbindung sehr gut ist. Und eines dürfen wir nicht vergessen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe ja angesprochen die Ziele, die durch diese Räumlichkeiten auch verfolgt werden, nämlich Aus- und Weiterbildung, und wir müssen uns schon klar sein, dass vielfach Aus- und Weiterbildung Qualifikation ja nicht sozusagen am Tag erfolgen wird, sondern wir

werden dort natürlicherweise, so wie jetzt auch schon im Wifi, hier in den Abendstunden möglicherweise bis in die späten Abendstunden hinein hier die Kurse haben, es ist durchaus anzunehmen, und das muss man auch offen kommunizieren, dass natürlich der eine oder andere nach seinem Dienstschluss, nach seiner Arbeitszeit, die er irgendwo auf der Baustelle, die er in einem Betrieb, in einer Produktionsstätte verbringt, durchaus dann möglicherweise schon mit dem Auto sozusagen die in den späteren Abendstunden durchgeführten Kurse besuchen wird, also ich denke schon, dass man diese Besuchergruppe schon berücksichtigen muss. Wichtig ist es jedoch, dass wir mit begleitenden Maßnahmen, die jetzt zusätzlich noch andiskutiert werden in der Körblergasse und in Humboldtstraße verkehrsberuhigende Maßnahmen setzen werden. Das ist ein wichtiger Punkt, das wurde auch gestern von der Verkehrsstadträtin angesprochen. Ich denke aber, insgesamt sind der Mobilitätsvertrag und die verkehrlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan durchaus positiv zu sehen (*Appl.*).

Frau Gemeinderätin Daniela Gmeinbauer erklärt sich für befangen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Grüne, KPÖ) angenommen.

Berichterstatter: GR HR DI Topf

8.30 Stk. 27)	A 14-070060/2020	Grundsatzbeschluss
	A 10/6-070320/2020	über den Aufbau eines Klima -
	A 23-070052/2020	Informationssystem (KIS)
	A 10/BD-085394/2019-0019	

GR HR DI **Topf:**

Es ist nur mehr noch ein Stück auf meinem Platz, ich hoffe, dass es das richtige ist, das ich jetzt berichtet habe (*Gelächter im Saal*).

Es geht um den Grundsatzbeschluss über den Aufbau eines Klima-Informationssystems, kurz KIS genannt. Wir haben dieses Stück sowohl im Planungsausschuss als auch natürlich im Umweltausschuss beschlossen. Im Umweltausschuss wurde dieses Stück in Abstimmung mit der Vorsitzenden im Wege eines Umlaufbeschlusses beschlossen, wenn ich das richtig formulieren darf, Frau Kollegin Schleicher. In Österreich macht sich der Klimawandel, und das wurde heute schon mehrfach angesprochen, von Jahr zu Jahr stärker bemerkbar, auch bei starken Klimaschutzmaßnahmen sind deren Auswirkungen bereits spürbar und unvermeidbar. Vor allem das gehäufte Auftreten von heißen Tagen und Hitzewellen stellt für die Bevölkerung nicht mehr nur eine reine Komfortfrage, sondern ein ernstzunehmendes Gesundheitsrisiko dar. Der Handlungsbedarf für eine strukturelle Anpassung an den Klimawandel ist vielschichtig und dringend. Erkenntnisse und Instrumente, die dazu beitragen, die Ausprägungen klimatischer und klimaökologischer Faktoren im urbanen Raum zu erfassen, um sie im nächsten Schritt durch planerische Maßnahmen gezielt positiv zu beeinflussen, spielen demnach eine große Rolle in der klimaverträglichen Stadtplanung und in der Anpassung an den Klimawandel. Ein zentrales Instrument in dieser Hinsicht stellen Klima bzw. Stadtklimaanalysen dar. Stadtklimatische Analysen sind ein effektiver Weg, um spezifische kommunale Grundlagen für Planungs- und Entscheidungsprozesse bereitzustellen. Die Stadt Graz kann im Vergleich mit anderen Städten in Mitteleuropa schon auf eine lange Tradition in Bezug auf Stadtklimaforschung verweisen. Die Anfänge gehen auf das Jahr 1974 zurück, als erste Klimasondenstationen zur Erfassung des genauen Windfeldes errichtet wurden. In weiterer Folge wurde 1977 die erste Thermalbefliegung, ein wesentlicher Punkt, in Graz durchgeführt, die erste umfassende Stadtklimaanalyse wurde im Jahr 1986 unter Mitwirkung der Stadt Graz, dem Stadtvermessungsamt und dem Stadtplanungsamt publiziert, diese Stadtklimaanalysen wurden dann

immer wieder weitergeführt, ich darf hier auf die Jahre 1986, 1996, 2004 und zuletzt 2011 verweisen. Welche Konzeption steht jetzt hinter diesem KIS? Welche Zielsetzungen werden hier verfolgt? Es geht um neue umfassende, aktuellere und hochwertigere Basisdaten, es geht um die großräumigere Betrachtung relevanter Faktoren, es geht um die Berücksichtigung und Einbeziehung zusätzlicher Aspekte. Wichtig ist auch, sozusagen schon in die Zukunft schauend, mit wissenschaftlicher Begleitung die Entwicklung neuer Methoden und neuer dynamischer Tools für die Modellierung und Simulation, und als wesentlicher Punkt, vorausschauende Analysen des Grazer Stadtklimas durch Einbeziehung aller IPCC-Klimaszenarien in die Simulationen.

Nun, ganz kurz, neue Wege zum Aufbau des KIS. Hier ist also grafisch dargestellt, in welcher Form diese Arbeitsgruppe KIS arbeiten wird, es ist also sozusagen der Kreis geschlossen für die Ämter, die jetzt unmittelbar miteinbezogen werden. Das ist selbstverständlich das Umweltamt, das ist die Stadtplanung, die Stadtvermessung und die Stadtbaudirektion und erweiternd wird auch die Energie Graz, das Land Steiermark selbstverständlich, mit der Abteilung 15-Energie und Klima, aber auch natürlich die Ämter der Steiermärkischen Landesregierung, die sich mit der Umweltsituation und der Gesamtentwicklung im urbanen Bereich befassen. Die zu erarbeitenden Ziele des neuen Klima-Informationssystems sind, punktuell jetzt aufgelistet: beschreibende Analyse des aktuellen, stadtklimatischen Ist-Zustandes, relevanter Luftaustausch mit dem Grazer Umland, Modellsimulation mit Zukunftsprognosen; verschiedene Szenarien, einerseits für die Berücksichtigung des Klimawandels, verschiedene Stadtentwicklungs- und Bebauungsszenarien sollen dargestellt sein, alle wichtigen Eingangsdaten im Hintergrund hinterlegt und zu Zwecken der Qualitätskontrolle und Qualitätssicherung sind abrufbar zu machen. Eine Maßstäblichkeit ist vorgesehen, dass man also hier ganz klar erkennen kann, mit welchen Maßstäben hier gearbeitet wird. Es ist auch eine Analyse des Bioklimas, also der gefühlten Temperatur, das ist ja ganz wichtig im urbanen Bereich, dass wir hier auch die gefühlte Temperatur berücksichtigen, die Hotspots, die immer auch angeführt

werden, werden hier genau erfasst und die sofortigen Maßnahmen im Anlassfall sind ebenfalls hier berücksichtigt. Die stufenweise Umsetzung noch kurz angesprochen: Bildung der städtischen Arbeitsgruppe Stadtklima, das ist ja bereits sozusagen abgehakt und implementiert, das ist das Stadtplanungsamt, Stadtvermessungsamt, das Umweltamt und die Stadtbaudirektion. Die Phase 1 der Grundkonzeption ist auch bereits sozusagen größtenteils erledigt, die Bestands- und Bedarfserhebung, die Zielsetzungen, die Methodenrecherche, die Gespräche mit den potenziellen Partnern und die Erarbeitungen und Empfehlung von Arbeitspaketen. Die Phase 2, die jetzt sozusagen hier beginnt und in die nächsten Jahre hineinreicht, ist der Zielfindungsprozess und die Definition des Rollenverständnisses der potenziellen PartnerInnen und Institutionen, die ich schon angesprochen habe und natürlich auch die Gesamtkostenermittlung, damit man auch den Kostenrahmen abstecken kann. Der Grundsatzbeschluss, der heute auch gefasst wird, ist eben hier ein maßgeblicher Punkt und der operative Start für die Phase 3 ist eben mit Ende des Jahres 2020, mit Beginn 2021 geplant, die Abwicklung der Arbeits- und Forschungspakete und die entsprechenden Modulentwicklungen. Ich darf hier zum Antragstext kommen, darf also hier den Antragstext verlesen. Der Ausschuss für Stadt und Grünraumplanung sowie der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit stellten daher den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Dem vorliegenden Bericht wird vollinhaltlich zugestimmt.
2. Die städtische Arbeitsgruppe Klima-Informationssystem, bestehend aus Vertretern aus dem Stadtvermessungsamt, Stadtplanungsamt, Umweltamt und der Stadtbaudirektion, wird beauftragt, wie im Motivenbericht beschrieben, den Aufbau und Umsetzungsprozess des KIS durchzuführen.
3. Die Leitung der städtischen Arbeitsgruppe Klima-Informationssystem obliegt dem Stadtvermessungsamt.
4. Das Stadtvermessungsamt wird mit den auftragsspezifischen Abwicklungen beauftragt. Die hierfür erforderlichen Ressourcen sind, im Rahmen eines

außerordentlichen Projektbudgets zu beschließen und dem Stadtvermessungsamt beizustellen.

Ich ersuche um Annahme dieses wichtigen Stückes (*Appl.*).

Originaltext des Antrages:

Der Berichtsteller stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Dem vorliegenden Bericht wird vollinhaltlich zugestimmt.*
- 2. Die städtische Arbeitsgruppe Klima-Informationssystem, bestehend aus Vertretern aus dem Stadtvermessungsamt, Stadtplanungsamt, Umweltamt und der Stadtbaudirektion, wird beauftragt, wie im Motivenbericht beschrieben, den Aufbau und Umsetzungsprozess des KIS durchzuführen.*
- 3. Die Leitung der städtischen Arbeitsgruppe Klima-Informationssystem obliegt dem Stadtvermessungsamt.*
- 4. Das Stadtvermessungsamt wird mit den auftragsspezifischen Abwicklungen beauftragt. Die hierfür erforderlichen Ressourcen sind im Rahmen eines außerordentlichen Projektbudgets zu beschließen und dem Stadtvermessungsamt beizustellen.*

StRⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Der Herr Kollege Topf hat es schon gesagt, die Klimakrise ist immer stärker spürbar und es ist gut, dass sie auch messbar wird, dass das gemessen wird, dass wir faktenbasierend arbeiten können und ich möchte mich deswegen dafür bedanken, und ich freue mich, dass wir es geschafft haben, wirklich ämterübergreifend und unter Beteiligung von so vielen Stellen in der Stadt Graz, dieses Klima- und Informationssystem auf die Beine zu stellen, dass wir da wirklich gemeinsam und erfreulicherweise inklusive der Expertise des Umweltamtes mit unseren Klimaexperten da arbeiten und einfach die Voraussetzungen dafür schaffen,

nämlich mit Fakten und Zahlen, um auch Klimawandelanpassungsmaßnahmen zu setzen entsprechend. Wir haben ja die Strategie dafür, aber die zu unterfüttern mit Fakten, ist wichtig. Wir wissen, dass ja auch hier im Gemeinderat es Menschen gibt, die noch immer daran zweifeln, insofern ist es gut, dass wir faktenbasiert gut miteinander arbeiten können. Danke (*Appl.*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR Stöckler

8.31 Stk. 28) StRH-072583/2018

**Förderung von Zentren und
Großveranstaltungen im Kulturbereich**

GR Stöckler:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter, hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren daheim vor dem Livestream. Es geht darum, um den Kontrollbericht des Stadtrechnungshofes, wie der Herr Bürgermeister-Stellvertreter schon angemerkt hat, zur Förderung von Zentren und Großveranstaltungen im Kulturbereich. Das ist ein sehr umfangreicher Bericht, aber die wichtigsten Aussagen zusammengefasst betreffen folgende Themen: Die Stadt Graz und die EU maßen die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Kunst und Kultur. Es gibt zwei unterschiedliche Varianten, die die Stadt Graz misst, die Zufriedenheit anhand der Kulturveranstaltungen, die EU erhob die Zufriedenheit im Rahmen der kulturellen Infrastruktur. Die Zufriedenheit der Grazer Bevölkerung war nach beiden Messungen und die der EU außerordentlich hoch, sie lag hiermit im europäischen Spitzenfeld. Gemeinsam mit einem Beiratssystem legte das verantwortliche Stadtsenatsmitglied die Strategie und die gewährten Förderungen fest, anhand eines österreichweit einheitlichen Systems

stellte die Fachabteilung die Zahlen und Förderungen seit 2003 transparent dar und sie veröffentlichte dies immer in einem Kunst- und Kulturbericht, dem Grazer Kunst- und Kulturbericht. Im kontrollierten Zeitraum, und jetzt muss man sich Zahl auf der Zunge zergehen lassen, 2011 bis 2017 wendete die Stadt Graz rund 325 Mio. Euro für Kunst und Kultur auf, unter anderem zahlte sie 217 Mio. Euro im Rahmen der Finanzierungsverträge aus. Im gleichen Zeitraum wurden rund 76 Mio. Euro an Fördergeldern ausbezahlt. Die Holding zusätzlich noch gewährte von 2015 bis 2017 gesponserte Beiträge in Höhe von 0,65 Mio. Euro und da ist ein kleiner Kritikpunkt kurz gewesen, obwohl Förderung, Sponsoring nicht direkt vergleichbar sind, empfahl der Stadtrechnungshof eine engere Kooperation bzw. einen Informationsaustausch mit der Stadt. Die Kontrolle der Förderungen durch die Fachabteilungen waren ordnungsgemäß. Bei den vom Stadtrechnungshof kontrollierten geförderte Stellen konnte das Bemühen um eine sparsame Verwendung der Mittel festgestellt werden. Hiermit stelle ich folgenden Gemeinderatsantrag: Aufgrund der Kontrollfeststellungen des Stadtrechnungshofes zum Bericht Förderung von Zentren und Großveranstaltungen im Kulturbereich und der stattgefundenen Beratungen des Kontrollausschusses wird folgender Antrag stellt:

Der Gemeinderat möge den gegenständlichen Bericht sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses gemäß § 67a Abs. 5 Statut der Landeshauptstadt Graz zur Kenntnis nehmen.

Originaltext des Antrages

Der Berichtstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat möge den gegenständlichen Bericht sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses gemäß § 67a Abs. 5 Statut der Landeshauptstadt Graz zur Kenntnis nehmen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: StR Hohensinner, MA

**8.32 Stk. 31) A 8 – 173/2020-30
ABI – 91111/2019/53**

**Projektförderung für die Jüdische
Gemeinde Graz „Prävention gegen
Antisemitismus“,
Genehmigung mehrjährige
Subvention in Höhe von
€ 180.000 für die Jahre 2020 -2022
aus dem LCF der Abteilung für
Bildung und Integration**

StR Hohensinner:

Eingangs möchte ich mich bedanken bei all jenen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten, die letzten Dienstag beim Sonderausschuss dabei waren, das war eine äußerst konstruktive Diskussion, als Output habe ich mitgenommen, dass wir gesamtgesellschaftlich ein antisemitisches Problem haben, das betrifft die Bereiche Rechts-Links, aber auch den Bereich der zugezogenen Menschen; mich freut es, dass wir mit der Jüdischen Glaubensgemeinschaft ein wirklich zukunftsweisendes Präventionskonzept jetzt im Gemeinderat hier präsentieren können. Der Präsident der Jüdischen Glaubensgemeinschaft hat letzten Dienstag gesagt, so ein Konzept gibt es österreichweit kein zweites Mal, also hier setzen wir wirklich Akzente der Stadt Graz, das brauchen wir, glaube ich, auch, nachdem was vor einigen Wochen hier passiert ist, wenn ich an die Anschläge an der Synagoge denke. Das Präventionskonzept zielt vor allem auf Kinder ab. Das ist ein wichtiger Ansatz, das haben wir letzten Dienstag auch diskutiert, man kann ältere Menschen kaum bis nicht bekehren, man kann natürlich mit ihnen auch sich auseinandersetzen, wenn jemand etwas macht, das dem Rechtsrahmen widerspricht, ist der Verfassungsschutz zuständig. Aber der Schlüssel für die Zukunft, für die zukünftigen Generationen ist bei der Jugend anzusetzen, wenn wir es schaffen, dass die Kinder mitbekommen, dass es nicht nur die eine richtige Religion gibt, sondern dass es mehrere verschiedene Religionen gibt und dass die

anderen Religionen zu respektieren sind, dann haben wir in der Integration wirklich einiges weitergebracht und hier setzt diese Präventionskonzept auch an mit drei Säulen. Die erste Säule: lebendiges Judentum. Da wird ein Projekt, das wir in der Stadt Graz bereits umsetzen, weiter ausgebaut; das Ziel ist, dass alle Viertklässlerinnen und Viertklässler der Volksschulen die Synagoge in Graz besuchen, die Kinder sollen das Judentum als eine lebendige, aktiv praktizierende Kultur und Religion kennenlernen. Die zweite Säule: History Graz. Hier soll eine Website entstehen, die die lange Tradition des jüdischen Lebens in Graz bis zur Gegenwart aufarbeiten soll. Das Hauptziel ist, mittels moderner Technologie ganz viele Menschen anzusprechen, sowohl Jung als auch Alt. Die beiden ersten Säulen sind auch mobil über eine App abrufbar, hier werden auch Lernmaterialien bereitgestellt. Die dritte Säule, da geht es um die Ausbildung unserer Pädagoginnen und Pädagogen sowie auch Leiterinnen und Leiter von Jugendzentren, dass wir sie sensibilisieren, wie man mit jungen Menschen dieses Thema aufarbeitet. Insgesamt ist für dieses Projekt eine Finanzierung von 180.000 Euro vorgesehen. Diese Summe soll über drei Jahre ausbezahlt werden. Ich habe vor einigen Tagen auch die Möglichkeit gehabt, mit Karoline Edtstadler, mit unserer Ministerin, darüber zu sprechen, auch sie hat eine Kofinanzierung in Aussicht gestellt, also von dem her bitte ich um breite Zustimmung. Ich möchte auch einem Zusatzantrag der Grünen Fraktion vorgreifen und gleich hier eine Stellungnahme abgeben. Ursprünglich hat die Gemeinderätin Wutte vorgehabt, mich in der Fragestunde zu fragen, was über dieses Projekt hinaus passieren soll. Ich mache das anders, ich habe vor diesem Projekt schon einen großen Schwerpunkt gesetzt, wie du weißt, ich kann jetzt kurz aufzählen, was wir für Projekte umgesetzt haben bzw. eigentlich jedes Jahr umsetzen. Das ist das Projekt Perspektivenwechsel, Trialog macht Schule, Synagogenbesuche von Grazer Schülerinnen und Schülern. Wir haben ein Projekt mit IKEMBA, HEROS, HELDINNEN, Weichenstellwerk, Wir sind Region, die gesamte Schulsozialarbeit ist hier anzuführen, Schulungen gemeinsam mit dem ÖIF, mit dem Herrn Prof. Fastenbauer und auch ein Projekt mit Günther Ebenschweiger: Zusammenarbeit

Gemeinsam Sicher. Du hast auch in der Fragestunde angeführt, ob es nicht eine Möglichkeit gäbe, hier mit den Jugendzentren zusammenzuarbeiten, das machen wir; du hast auch ein spezielles Jugendzentrum angeführt, das Echo Juz und hier kann ich nur sagen, hier finanzieren wir als Stadt Graz 109.000 Euro, das ist die Finanzierung für das ganze Jahr und es gibt auch einen Topf bei den Jugendzentren für Spezialprojekte und da werde ich gerne das noch einmal unterstreichen, dass es gut wäre, zu diesem Thema mit den Jugendlichen zu arbeiten, also das nehme ich so mit, aber weil wir schon diesen Schwerpunkt extrem setzen, werden wir dem Zusatzantrag nicht zustimmen. Zusammengefasst, ich bitte um breite Zustimmung, was das Stück betrifft.

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Vorstehender Bericht wird genehmigt.*
- 2. Der Auszahlung der mehrjährigen Subvention in Höhe von € 180.000 wird zugestimmt und verteilt sich wie folgt:*

2020: € 50.000,-

2021: € 70.000,-

2022 € 60.000,-

Die Finanzierung der erforderlichen Mittel in Höhe von € 180.000 (2020: € 50.000; 2021: € 70.000 und 2022: € 60.000) erfolgt im jeweiligen LCF des ABI-Voranschlags - Finanzstelle 340 / Fonds 200000 / Finanzposition 1.757000 / Deckungsring D.340005 „Diverse Transfers Bildung und Integration“.

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (15.44 Uhr).

GR Mag. **Sippel**:

Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, geschätzte Damen und Herren, die uns via Livestream folgen. Die Übergriffe auf die Grazer Synagoge und auf den Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde, Elie Rosen, war ein trauriger Höhepunkt einer Entwicklung, die wir in dieser Stadt seit einigen Jahren beobachten müssen, und ja, es gibt Antisemitismus in unterschiedlichster Ausprägung. Es gibt ihn von linker Seite, Tendenz steigend, Stichwort PDS-Bewegung, es gibt ihn christlich motiviert, es gibt ihn rechts motiviert und es gibt ihn in zunehmendem Maße islamistisch, israelfeindlich motiviert und aus dieser Geisteshaltung heraus ist auch die Attacke auf die Grazer Synagoge und auf den Präsidenten verübt worden. Der Täter war ein syrischer Migrant, der vor Ort in Graz radikalisiert worden ist. Ich war sehr froh, wie ich dann beobachten habe können, dass da einige Bürger auch sofort auf die Straße gegangen sind und sich gegen diese Form des Antisemitismus auch ausgesprochen haben. Ich habe dann in einige Gesichter geschaut, sie waren zum Teil ein bisschen schockiert bzw. nicht besonders angetan. Sie haben es schade gefunden, dass das jetzt kein Österreicher war, sondern ein syrischer Migrant, aber das sind die Tatsachen, denen man sich in dieser Stadt leider stellen muss, und ich glaube, wir können nicht zur Tagesordnung einfach übergehen, diese zwei Stücke sind notwendig, es geht ja einerseits, schon beschlossen, um einen Beitrag zur Sicherheit, zur Überwachung der Grazer Synagoge und es geht eben jetzt auch um Prävention, aber das kann nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sein. Die wirklichen Herausforderungen liegen eindeutig in der Bekämpfung des immer stärker werdenden Radikalismus in unserer Stadt und dazu hat es eben den auch vorhin von Stadtrat Hohensinner besagten Sonderausschuss gegeben am Dienstag, wo wir zusammengesessen sind mit dem Landespolizeidirektor, mit einem Vertreter des Verfassungsschutzes, mit Prof. Ednan Aslan, einem Islamexperten, und auch dem Präsidenten Elie Rosen und die Fakten, sehr geehrte Damen und Herren, die wir hier auf den Tisch gelegt bekommen haben, sind besorgniserregend. Mehr als die Hälfte der Grazer Moscheen, es ist jetzt auch nicht unbedingt etwas Neues, aber ich wiederhole es,

werden als radikal eingestuft; radikal ist ja so ein Wort, was bedeutet radikal? Radikal bedeutet per definitionem, dass die Verfassung, unsere Verfassung und demokratische Grundwerte, zu denen wir alle stehen, auf die wir auch vereidigt sind, in Frage gestellt und abgelehnt werden. Und radikal bedeutet auch, dass islamisches Recht über unsere Gesetze gestellt wird, die Aslan-Studie, die wir auch diskutiert haben, die ist ja insgesamt ja schon vor eineinhalb Jahren von Herrn Stadtrat Hohensinner präsentiert worden, hat ergeben, dass zwei Drittel der zu uns Zugewanderten aus dem islamischen Bereich tatsächlich einen starken Gottesglauben haben bzw. diesen auch ausüben, und wo üben sie den aus? Selbstverständlich in den Moscheen und die Moscheen in dieser Stadt sind, wenn man es so will, auch der Kern des Problems. Sie werden als Vereine geführt und da sind wir bei dem Punkt, da sollten wir auch einmal auf die Experten, auf die Behörden hören, wir müssen etwas tun im Bereich des Vereinsrechts. Das Vereinsrecht ist Gott sei Dank in unserem Staat ein hohes Gut, verfassungsrechtlich auch entsprechend hoch angesehen, aber es kann nicht sein, dass sich religiös, radikal motivierte Vereine hier sich hinter diesem hohen Gut und hinter diesem Recht auch verstecken und auch die Behörde hat es uns ja bestätigt, man kann in Wirklichkeit diesen Entwicklungen nur ohnmächtig zusehen und das kann es nicht sein. Hier braucht es legislativ auch Nachschärfung und ich hoffe auch, dass uns die entsprechenden Vertreter der Bundesregierung, die dafür zuständig sind, auch von dieser Stelle aus hören, und letztlich erfüllen die islamischen Einrichtungen in Graz eine soziale Funktion, das klingt jetzt im ersten Moment natürlich positiv, weil es auch Anknüpfungspunkte für die Zugewanderten gibt aber, und das ist das Problem, hier wird nicht Anpassung und Respekt gegenüber unserer Gesellschaft beigebracht, nein, es findet hier ein Eintreten in eine Parallelgesellschaft statt und das ist in Wahrheit das Problem. Es ist dieses Bild gezeichnet worden, ein junger Migrant, der bei uns angekommen ist, findet den Weg in die Moschee, geht dort als unbedarfter junger Mann hinein und kommt mit einem Vollbart nach sechs Monaten hinaus und das ist einfach eine Entwicklung, die man so nicht hinnehmen kann, und die Studie von Aslan hat auch

ergeben, dass mehr Religion bei uns von diesen Jungen, vor allem Männern praktiziert wird, als das in den Herkunftsländern der Fall ist, und alleine das sollte die Alarmglocken schrillen lassen. Ich möchte es nicht länger machen, das rote Licht brennt schon, abschließend, ich glaube wir haben echte Probleme, wir als freiheitliche Partei sind gerne bereit, alle Maßnahme zu unterstützen, die zu eine Besserung der Situation führen, ja selbstverständlich Prävention; selbstverständlich auch Unterricht; selbstverständlich auch handreichend Dialog führen, aber irgendwo muss diese Politik der sanften Worte dann auch ein Ende finden und was folgen muss, wenn es nicht verstanden wird, ist eine Politik der Sanktionen. Ich glaube die schwarz-blaue Bundesregierung in der letzten Periode hat das vorgemacht, wenn man es nicht wahrhaben will, wenn man es nicht akzeptiert, dann hat das auch Folgen, in diesem Fall im Sozialhilfegesetz neu, wenn man die deutsche Sprache nicht lernt, unsere Werte nicht respektiert, weniger Geld im Börserl, so spürt man es und wenn das auch nichts nützt, dann muss am Ende die Ausweisung aus unserem Land erfolgen (*Appl.*). Diese Politik müssen wir forcieren, um diesen Entwicklungen, die besorgniserregend sind, nicht weiter Tür und Tor zu öffnen. Danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ Wutte:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste im Livestream. Erst möchte ich mich bei dir, Kurt Hohensinner, bedanken, dass du diese ganz wichtigen Präventionsmaßnahmen jetzt auch vorgestellt hast und die wir, glaube ich, auch einstimmig beschließen werden, das sind super Bildungsmaßnahmen, die angedacht sind und du hast es eh ein bisschen vorweggenommen, wenn eines von dem, was in meinem Zusatzantrag und meiner Frage gefordert habe, gemacht wird, freut mich das sehr. Mein Zugang ist eben wirklich, dass man über die Schulen hinausgehen muss und einfach schauen muss, wie man auch andere Gruppen in der Bevölkerung erreicht, sei es z.B. die Gruppe von Jugendlichen, die nicht in Beschäftigung oder Ausbildung ist und wie man

einfach solche Gruppen noch einmal erreicht und wenn das über die Jugendzentren angedacht ist, finde ich das sehr erfreulich. Ich bin auch der Meinung, dass es nicht vergebene Mühe ist, im Bereich der Erwachsenenbildung anzusetzen. Natürlich ist es schwieriger, als mit Jugendlichen zu arbeiten, aber ich glaube schon, dass es da die eine oder andere Möglichkeit gäbe über Stadtteilzentren oder verschiedenste, Orte auch mit Erwachsenen zu dem Thema in Dialog zu treten. Ein Wort zum Armin Sippel, oder vielleicht ist es auch mehr als eines, ich finde das schon erstaunlich, du hast jetzt in einem kurz erwähnt, dass es doch vielleicht auch andere Formen des Antisemitismus gibt als den zugewanderten, aber das schien mir irgendwie so ein Proforma-Satz, weil dann ging es nur noch um den muslimischen Antisemitismus und ich habe einfach wirklich den starken Verdacht, du verwendest das Thema, die FPÖ verwendet das ganze Thema zum Vorantreiben ihrer eigenen politischen Agenden, die halt ausländerfeindlich geprägt ist und da find ich wirklich, dass das das völlig falsche Vorgehen ist. Wenn wir antisemitische Vorfälle in Graz haben und auch Zahlen haben, die belegen, dass Antisemitismus insgesamt im Steigen begriffen ist in Österreich und nicht nur unter der muslimischen Bevölkerung, auch in ganz anderen Bereichen der Bevölkerung. Die solidesten Zahlen, die wir haben, nämlich zu den antisemitischen Vorfällen im letzten Jahr, zeigen z.B. auch eindeutig, dass die überwiegende Zahl der antisemitischen Vorfälle rechtsextreme Vorfälle waren und auch der Antisemitismus in diesem Milieu ist leider im Steigen begriffen und das ist etwas, was deine Partei immer gerne unerwähnt lässt und ich möchte uns wirklich alle dazu aufrufen, seriös mit diesem Thema umzugehen und in alle Bereiche zu schauen, wo es Antisemitismus gibt und es nicht zu instrumentalisieren für eigene politische Zwecke. Danke (*Appl.*).

Originaltext des Antrages:

Die furchtbaren Attacken auf die Synagoge haben die Notwendigkeit von Präventions- und Bildungsarbeit gegen Antisemitismus einmal mehr verdeutlicht.

Erfreulicherweise hat die jüdische Gemeinde ein breit aufgestelltes Bildungsangebot entwickelt, das sich an SchülerInnen, aber auch an PädagogInnen richtet.

Da antisemitisches Gedankengut in völlig heterogenen Bevölkerungsgruppen verbreitet ist, braucht es aber eine Vielfalt von zielgruppenspezifischen Bildungsangeboten. So könnte eine Auseinandersetzung mit dem Thema innerhalb der offenen Jugendarbeit (z.B. in Jugendzentren) verstärkt werden. Der Verein Jukus führte beispielsweise 2017/18 das sehr erfolgreiche Projekt „Vorurteile überwinden“ durch, in dem sich Jugendliche mit und ohne Migrationsbiographie spielerisch und niederschwellig mit antisemitischen Vorurteilen auseinandersetzten. Eine besondere Herausforderung ist außerdem das Erreichen der Gruppe der NEETs (Jugendliche, die keiner Ausbildung oder Arbeit nachgehen), aber auch im Bereich der Erwachsenenbildung sollte Antisemitismusprävention verstärkt verankert werden, beispielsweise in niederschweligen Formaten in den Stadtteilzentren, aber auch durch die Verankerung in diversen Ausbildungscurricula. Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

Zusatzantrag:

Stadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, zusätzlich zu den Projektförderungen für die Jüdische Gemeinde, das Gespräch mit Vereinen der offenen Jugendarbeit wie dem Verein Jukus zu suchen, um gemeinsam Vorschläge, wie weitere Zielgruppen mit Angeboten der Antisemitismusprävention erreicht werden können, zu erarbeiten.

GRⁱⁿ Heinrichs:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren im Saal und in der Liveübertragung, sehr geehrte Mitglieder

der Israelitischen Kultusgemeinde in Graz, sehr geehrter Herr Präsident Rosen, falls Sie uns via Livestream verfolgen. Es ist uns, meiner Fraktion der KPÖ Graz und mir, persönlich ein sehr wichtiges Anliegen, unsere Position an dieser Stelle, indem wir diesem wichtigen Stück, das wir dankend entgegennehmen, natürlich zustimmen werden und nach möglichen Missverständnissen wiederholt darzulegen. Jeder Angriff auf jüdische Einrichtungen, jüngst die Grazer Synagoge ist das Ziel gewesen, oder sogar auf jüdische Mitmenschen, wie es kürzlich beim Angriff auf die Synagoge dem Herrn Präsidenten Elie Rosen widerfahren ist, wird von uns ausnahmslos und ungeachtet aller weltanschaulichen, religiösen und kulturellen und politischen Unterschiede absolut abgelehnt. Der Antisemitismus jeglichen Ursprungs bzw. jeglicher Variante muss gesamtgesellschaftlich zurückgewiesen und auch zurückgedrängt werden. Um dieses zum Ausdruck zu bringen, sind ganz selbstverständlich unsere Stadträtin Frau Elke Kahr sowie Herr Stadtrat Robert Krotzer neben jedenfalls zwei Dutzend Genossinnen und Genossen bei jener Mahnkundgebung kürzlich nach dem besagten Anschlag und dem Angriff anwesend gewesen. Dass mit der KPÖ keinerlei Antisemitismus vergesellschaftet ist, das liegt einmal in der stark antifaschistischen Tradition unserer Partei unter Beachtung der geschichtlichen Nachweisbarkeit, wonach zahlreiche unserer jüdischen Parteimitglieder während der NS-Zeit nicht nur als Antifaschisten und KommunistInnen, sondern eben auch als Juden und Jüdinnen verfolgt, mit dem Tod bedroht waren und ihre Leben auch lassen mussten. Als zwei der bekanntesten unserer Kämpfer darf ich hier Willi Gaisch, er war Halbjude, erwähnen, welcher als 16-jähriger Bursche im November 1938 den Brand der Synagoge vom Augarten aus mitansehen musste. Franz Leitner wurde 1938 wegen seiner Mitgliedschaft im Kommunistischen Jugendverband ins KZ Buchenwald deportiert, dort hatte er bis zum Ende des Krieges für bessere Haftbedingungen im sogenannten Kinderblock gesorgt und so hunderten Kindern auch das Leben gerettet. Dafür wurde er bekanntlich bereits 1999 von Israel als Gerechter unter den Völkern in Yad Vashem ausgezeichnet. Es wurde für ihn in Graz auch ein Stolperstein verlegt, ich werde noch darauf zurückkommen. Meine sehr geehrten

Damen und Herren, wir, die KPÖ, traten und treten auf gegen Antisemitismus islamistischer Provenienz, gegen Antisemitismus rund um alte und neue Verschwörungstheorien und gegen Antisemitismus in einem vermeintlich linken Gewand, wie wir ausdrücklich betonen möchten. Es muss aber auch unterschieden werden können zwischen kontroversen Debatten über derzeitige israelische Regierungspolitik, ich betone, die Regierung Netanjahu, es hat schon andere Ministerpräsidenten gegeben, und der Feindseligkeit gegenüber Menschen mosaischen Glaubens oder israelischer Staatszugehörigkeit bzw. womöglich dem Absprechen des Existenzrechts des Staates Israel, ein völliges No-Go. Gestatten Sie mir bitte noch eine kurze ganz persönliche Feststellung; bereits in meiner Jugendzeit habe ich in meiner Familie durch notwendiges, intensives Befassen mit Zeitgeschichte, sagen wir einmal „umgerührt“, unter anderen Dingen bin ich nun, seit es in Graz den Verein für Gedenkkultur gibt, Mitglied. Ich fördere den Verein und bin Patin für mehrere Stolpersteine. Nur ein Beispiel: Für die Verlegung der Steine für die jüdische Familie Blüh haben Andreas Fabisch und ich die Patenschaft übernommen, wir hatten sogar die sehr berührende Gelegenheit, den Überlebenden der Familie in Graz zu begegnen, sie kennenlernen zu dürfen. Ich besuchte die Feiern, zusammen mit meinen Genossen und Genossinnen, anlässlich der Verlegungen dieser Stolpersteine und einmal jährlich putze ich die Messingsteine auf den Gehsteigen als eine Art hilflose, sühnende Geste, wenn Sie wissen, was ich meine, und ganz selbstverständlich nicht nur die Steine unserer GenossInnen, sondern die aller anderen Opfer der grauenhaften Verfolgung. Somit darf ich Ihnen allen versichern, dass der KPÖ Graz ein gutes Leben in Frieden bei gegenseitigem Respekt für alle Menschen in der Stadt und darüber hinaus das größte Anliegen ist. Wir wünschen alles Gute für gelungene Projekte, die wir gemeinsam beschließen werden, die Förderungen dazu und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit (*Appl.*).

GRⁱⁿ **Robosch:**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Auch die SPÖ Graz begrüßt diese Initiative sehr und unterstützt diesen Antrag auch, weil wir sehr persönlich und sehr betroffen durch die Vorfälle, die sich im August in Graz ereignet haben, betroffen wurden, aber nicht auch seit gestern wissen, dass es in Graz antisemitische Vorfälle gibt. Es gibt sie, wie schon erwähnt, von links, von rechts, von religiöser Seite, aber mir persönlich ist auch hier sehr wichtig, dass hier zu sagen ist, dass es mir relativ wurscht ist, von welcher Seite Antisemitismus kommt. Er ist überall und immer abzulehnen, und wir als Stadt Graz, als Menschenrechtsstadt, haben die Verpflichtung, Antisemitismus aus einem geschichtlichen Hintergrund, aber auch aus einem aktuellen Hintergrund stets und überall entgegenzuwirken, deswegen dankeschön für diese Initiative, aber auch wir sind der Meinung, dass diese Initiative weiter gehen sollte, dass wir nicht nur sagen dürfen, wir konzentrieren uns auf die Kinder, sondern dass wir auch sagen müssen, wir konzentrieren uns auf die Menschen, die vielleicht nicht bereit sind, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen, die vielleicht auch nicht erreichbar sind für uns. Wir müssen uns in unserer Gesellschaft fragen: Wie können wir diese Menschen auch erreichen? Und hier ist es mir auch sehr wichtig, Herrn Sippel zu erwähnen, also wir haben mehr als die Hälfte radikale Moscheen und der Täter hätte sich quasi in einer solchen Moschee radikalisiert? Also am letzten Dienstag beim Sonderausschuss hat der Verfassungsschutz-Chef etwas anderes gesagt, er hat gesagt, er hat sich im Internet radikalisiert und er ist ein sogenannter „einsamer Wolf“. Nichtsdestotrotz ist auch das abzulehnen und sollte man auch dem entgegenwirken, wohin man kommt und wie man sich radikalieren kann im Netz, aber ich finde es sehr, sehr befremdlich, sich hier hinzustellen und immer von der einen Art des Antisemitismus zu reden, vor allem von einer Partei, die auch in den eigenen Reihen die antisemitischen Vorfälle nicht gerade quasi glänzen kann und wir sollten hier wirklich auch mehr Konsequenzen leben. Sie als FPÖ haben Konsequenzen gefordert, wir fordern auch Konsequenzen, um Antisemitismus überall zu bekämpfen, sowohl intern als auch extern, auch in der Stadt Graz, bei

unseren Beiräten zu schauen, wer in diesen Beiräten sitzt, mit welchen Aussagen diese Beiräte auch quasi in diesen Menschenrechts- und anderen Beiräten sitzen und hier auch intern Konsequenzen zu leben, damit wir auch wirklich sagen können, wir bekämpfen Antisemitismus überall, wo er uns begegnet, und das fehlt mir und das greift mir auch hier in der Stadt Graz zu wenig, deswegen bekämpfen wir Antisemitismus überall und machen wir als Menschenrechtsstadt auch diesem Titel alle Ehre (*Appl.*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.